AKDB REPORT

Das Magazin für kommunale Verwaltungen und Unternehmen

03 | 2015 28. Jhg.

Mehr Bürgerservice

Online-Dienste auch in Sparkassen

Safe Harbor

Konsequenzen aus dem EuGH-Urteil

Neue eAkten

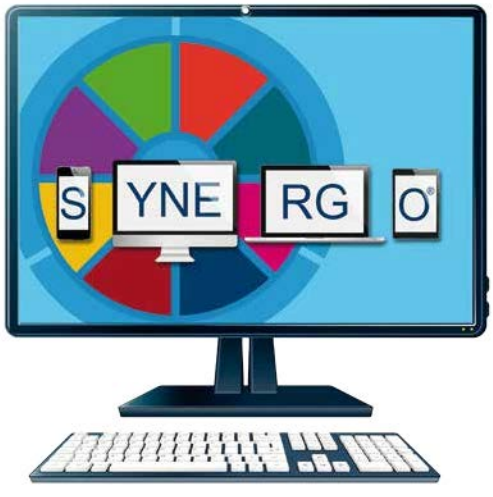
AKDB bietet praxisnahe Lösungen

Asylbewerber

Unterbringung mit System

Verwaltungsliebling.

Kommunalsoftware powered by SYNERGO®



Verwaltungssoftware muss einfach sein.
Software soll Menschen entlasten. Genau das machen unsere neuen Fachverfahren der Generation SYNERGO®. Übersichtliche Masken und einheitliche Bedienkonzepte führen sicher, selbsterklärend und spielend einfach durch die einzelnen Bearbeitungsschritte. Mit SYNERGO® lässt die AKDB den Verwaltungsarbeitsplatz der Zukunft heute schon Wirklichkeit werden. Software, die sich einfach bedienen und administrieren lässt, ist Software, die dem Menschen dient.

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Rudolf Schleyer,
Mitglied des
AKDB-Vorstands

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2015 wurde mindestens seit der Jahresmitte auch aus kommunaler Sicht geprägt von dem alles überragenden Thema der enormen Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Sie stellt Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke vor extrem herausfordernde Aufgaben. Unsere Kunden haben uns bei verschiedenen Gelegenheiten die Probleme bei der Verwaltung von Aufnahmeeinrichtungen geschildert. Die AKDB als Teil der kommunalen Familie hat sich daher unverzüglich dieses Themas angenommen und bietet ab sofort eine effektive Unterbringungssoftware an.

2015 wurden aber auch eGovernment-Angebote in einem großen Umfang bürgerfreundlich ausgebaut. Inzwischen nutzen über 400 Kommunen das Bürgerservice-Portal der AKDB und stellen deutschlandweit insgesamt 17 Millionen Bürgern Online-Verwaltungsdienste zur Verfügung. Die Nutzung wird jetzt über sogenannte Bürgerterminals in den SB-Bereichen bayerischer Sparkassen auf eine noch breitere Basis gestellt.

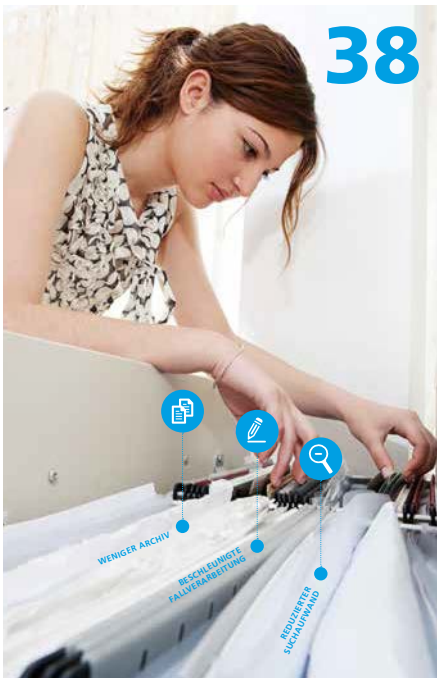
Ein anderes großes Jahresthema waren Datenschutz und Datensicherheit. Das Urteil zum Safe-Harbor-Abkommen erklärte die bisherige Rechtsgrundlage für den personenbezogenen Datentransfer aus der EU in die USA für nichtig. Was dies für bayerische Kommunen bedeutet, lesen Sie auf Seite 26. Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz empfahl in einem SZ-Interview der öffentlichen Verwaltung in diesem Zusammenhang übrigens klar die Nutzung öffentlich-rechtlicher Rechenzentren.

Im Zusammenhang damit beobachten wir einen anhaltenden Trend zu Rechenzentrums-Angeboten: Immer mehr Kommunen lagern IT-Prozesse in das sichere AKDB-Rechenzentrum aus. Damit behalten sie die Kontrolle über ihre Daten und bekommen mehr Freiraum für ihre Kernaufgaben. Das Interesse an einem Hosting-Angebot der AKDB für die 2016 verpflichtende Amtliche Schulverwaltungssoftware ASV bestätigt den Wunsch nach sicheren „Software-as-a-Service"-Angeboten.

Die AKDB beteiligte sich 2015 wieder erfolgreich an Fachmessen, angefangen bei der CeBIT bis hin zur Kommunale. Dort verzeichnete sie zahlreiche Kundengespräche auf Fach- und Entscheidungsebene und bewies ihre Vorreiterrolle bei der Entwicklung innovativer Verwaltungssoftware. Die Nachlese zur Kommunale finden Sie ab Seite 10.

An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Bereitschaft zur engen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit uns sehr herzlich bedanken. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien im Namen der gesamten AKDB viel Glück und Gesundheit für 2016.

Rudolf Schleyer,
Mitglied des AKDB-Vorstands



IM FOKUS

10 **Kommunale 2015**
Positiver Rückblick und Kundenstatements

14 **eGovernment**
Optimierung des Bürgerservice-Portals, Webinare und Neues zum eGovernment-Gesetz

16 **Unterkunftsmanagement**
Asylbewerber-Unterbringung mit Tau-Office

20 **Gastbeitrag Leerstandsmanagement**
Ein Beitrag vom Oberregierungsrat Claus Hensold vom Bayerischen Landesamt für Umwelt

NEWS

6 **Verdienste von Dr. Jürgen Busse gewürdigt**
Stellvertretender Verwaltungsrats-vorsitzender wird verabschiedet

ASV Schulverwaltung
Einführung der Software

7 **Elternportal-Start in Garching**
Software zur Unterstützung bei der Suche von Betreuungsplätzen für Kinder

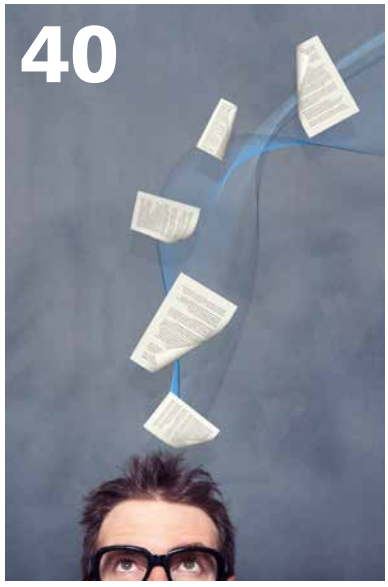
OK.VERKEHR
Zulassungsstelle in Rostock nutzt SYNERGO®-Fachverfahren

8 **OK.PWS**
Kooperation mit Klinik-Kompetenz-Bayern

Sozialforum Regensburg
Große Resonanz bei Mitarbeitern aus Sozial- und Jugendhilfeverwaltungen

9 **eAkten im Finanzwesen**
Erweiterung und Neuerscheinungen

OK.VISA
Datenaustausch zwischen Ausländerbehörden und Standesämtern



KUNDEN & LÖSUNGEN

22 **Straßenkataster**
Datenintegration im w³GEOportal

24 **w³Abwasser**
Software für den Umweltschutz

26 **Datenschutz**
Safe-Harbor-Abkommen und die Folgen

28 **OK.PWS**
Jetzt auch bei den Stadtwerken Wolfenbüttel

30 **Komplettwechsel**
Die Stadt Münchberg wechselt zur AKDB

31 **Wasserzähler-App und Bürgerservice-Portal**
AKDB-Unterstützung in Burglengenfeld

32 **Inventur-App**
Praxisbericht aus Traunreut

36 **komXcms**
Einsatz in Sinzing und weiteren Kommunen

38 **eAkten**
Entlastung von Routineaufgaben durch digitale Prozesse

40 **Innovationsstiftung**
Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung

RECHT & VERWALTUNG

34 **Bundesmeldegesetz**
Meldebehörden gut vorbereitet

PERSÖNLICH

35 **Moderne IT in Gemeinden**
Interview mit dem neuen Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetages

42 **Interview mit Udo Kremling**

STANDARDS

3 **Editorial**
Grußwort von Rudolf Schleyer, Mitglied des AKDB-Vorstands

43 **Vorschau**
Themen der Ausgabe 01|2016

43 **Impressum**

Verdienste von Dr. Jürgen Busse für die AKDB gewürdigt

Stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender ausgeschieden

Dr. Busse, der seit 1989 beim Bayerischen Gemeindetag war und 1999 dessen Geschäftsführendes Präsidialmitglied wurde, verlässt mit seinem Eintritt in den Ruhestand auch die AKDB-Gremien. Seit 16 Jahren war er Mitglied des Verwaltungsrats – dort war er stellvertretender Vorsitzender – und der Hauptversammlung der AKDB. Als sein Nachfolger hat Dr. Franz Dirnberger die Geschäftsführung übernommen. Lesen Sie dazu auch das Interview auf Seite 35.

Dr. Jürgen Busse, langjähriger Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetages, wird vom AKDB-Vorstandsvorsitzenden Alexander Schroth *(links im Bild)* verabschiedet.

Als Mitglied in den Gremien hatte Dr. Busse ganz wesentlich zum Erfolg der AKDB beigetragen: Dabei lagen ihm stets die Belange der bayerischen Gemeinden besonders am Herzen. Bei allen Entscheidungen hat er mit fachkundigem Rat und kompetenten Beiträgen die Entwicklung der AKDB zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen mit vorangetrieben. Ihm ging es in der Sache immer darum, die kommunale Selbstverwaltung der Gemeinden weiter zu stärken und sie damit auf die Herausforderungen der Zukunft noch besser vorzubereiten. Der Vorsitzende der AKDB-Hauptversammlung, Germerings Oberbürgermeister Andreas Haas, würdigte die Verdienste von Dr. Busse bei der Weiterentwicklung der AKDB. ■

Flächendeckende Einführung der Amtlichen Schulverwaltungssoftware ASV

AKDB bietet zentrales Betriebskonzept im Rechenzentrum

Mit ASV stellt das Bayerische Kultusministerium erstmals eine plattformunabhängige, schulartübergreifende Software zur Verfügung, die Bildungseinrichtungen bei allen administrativen Aufgaben unterstützt, etwa bei der Verwaltung von Lehrer-, Schüler- und Leistungsdaten oder bei der Erstellung von Berichten, Serienbriefen und Zeugnissen. Zudem verbessert ASV den Informationsfluss zwischen Schulen und Schulaufsichtsbehörden. ASV lässt unterschiedliche Installations- und Betriebsvarianten zu, kann also sowohl autonom vor Ort als auch im Rechenzentrum betrieben werden.

Die AKDB gewährleistet in diesem Zusammenhang einen sicheren, komfortablen und effizienten Einsatz von ASV. Sie hat sich intensiv mit Anforderungen und Rahmenbedingungen eines Hosting-Angebotes beschäftigt – immer in engem Austausch mit Kultusministerium, Regierung von Oberbayern und mehreren Landkreisen. Da ASV vertrauliche und personenbezogene Daten erfasst und verarbeitet, setzt die AKDB auf ein zentrales Betriebskonzept in ihrem sicheren BSI-zertifizierten Rechenzentrum. Die Schule benötigt für den Zugriff auf ASV nur einen internetfähigen PC der aktuellen Leistungsgeneration und einen DSL-Anschluss. Wartungsarbeiten, die mit einer lokalen Installation einhergehen, entfallen. Durch den Betrieb im Rechenzentrum steht den Schulen immer die aktuelle Softwareversion zur Verfügung. Interessierten Sachaufwandsträgern unterbreitet die AKDB in Kürze ein Angebot für das Hosting der Amtlichen Schulverwaltungssoftware. ■

Little Bird fliegt in Garching

Elternportal unterstützt Eltern und Einrichtungen

Der AKDB-Kunde Stadt Garching bietet nun das Elternportal Little Bird an. Durch die Kooperation mit „Little Bird" hat die AKDB ein effizientes Softwareprogramm in ihrem Portfolio, das nicht nur Eltern bei der Suche nach einem Betreuungsplatz für Kinder, sondern auch Betreuungseinrichtungen bei Anmeldung und Aufnahme der Kinder erheblich unterstützt.

Mit dem erfolgreichen Einsatz von Little Bird ist Cornelia Otto, städtische Fachbereichsleiterin für Jugend und Soziales, sehr zufrieden: „Ich bin überzeugt, dass die AKDB und Little Bird die richtigen Kooperationspartner sind." Laut Otto mussten bisher Anmeldelisten mühsam abgeglichen werden. „Das ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen serviceorientiert und bürgernah arbeiten", so Otto. Mit Little Bird habe Garching nun Planungssicherheit für zukünftige Bedarfe und die Möglichkeit, Eltern bei der Anmeldung und Einrichtungen beim Anmelde- und Aufnahmeprozess zu unterstützen. Little Bird kam in Garching von vornherein sehr gut an. Betreuung und Support funktionierten reibungslos und das Resultat überzeugte: Innerhalb von nur vier Wochen wurden schon 49 Anmeldungen über das Elternportal generiert, berichtete Otto. ■

Garchings Erster Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann, Frank Tändler von der Little Bird GmbH, Cornelia Otto, Fachbereichsleiterin Jugend und Soziales, Heiko Janich, Kämmerer *(beide Stadt Garching)* sowie Paul Tobias, AKDB *(von links)*

OK.VERKEHR auch an der Ostsee erfolgreich

Zulassungsstelle Rostock mit dem modernen SYNERGO®-Verfahren der AKDB

Die Zulassungsstelle Rostock nutzt in Kürze das neue Fachverfahren OK.VERKEHR KFZ. Es bietet der Verwaltung der Hansestadt eine intuitive und komfortable Benutzerführung und ist Teil der modernen Produktfamilie SYNERGO®. Der gleichartige Prozessaufbau wie in anderen SYNERGO®-Fachverfahren und Querschnittsmodulen ist schnell wiederzuerkennen und erleichtert damit Einarbeitung und eventuelle Einsatzwechsel von Sachbearbeitern.

Auch für die Administration sind durch hohe Automatisierbarkeit und flexible Anpassungsmöglichkeiten klare Vorteile gegeben. Als Java-basierte Anwendung ist der Client mit äußerst geringem Aufwand zu betreiben. Die Gesamtanwendung ist mandantenfähig und sowohl für den autonomen Betrieb als auch für den Rechenzentrumsbetrieb gut geeignet. Die Zulassungsstelle Rostock ist der erste OK.VERKEHR-Kunde in Mecklenburg-Vorpommern. ■

Kooperation mit Kliniken im Personalwesen

Mitglieder des Klinikverbundes Klinik-Kompetenz-Bayern nutzen OK.PWS

Ab sofort setzt der Klinikverbund KKB, dem mehr als 30 Träger mit über 60 kommunalen und freigemeinnützigen Kliniken in Bayern angeschlossen sind, die Personalabrechnung und Personalwirtschaft zu einheitlichen Rahmenbedingungen ein. Einen entsprechenden Vertrag unterzeichneten die Vorstände von KKB und AKDB.

Die Software OK.PWS bietet neben Personalverwaltung und Abrechnung auch Lösungen für die Bereiche Fehlzeiten, Personalkostenhochrechnung, Organisation und Stellenbewirtschaftung, Bewerbermanagement, Personalentwicklung, Reisekosten und Zeitwirtschaft an. Die Abrechnung

im AKDB-Rechenzentrum garantiert dabei maximale Daten- und Rechtssicherheit.

Der abgeschlossene Rahmenvertrag bietet einheitliche Konditionen für den Einsatz der Software sowie ein erweitertes Service-Angebot. „Ich freue mich, dass wir diesen Rahmenvertrag mit der AKDB geschlossen haben. So können wir nun allen unseren Mitgliedern einen Mehrwert an Dienstleistung anbieten, der sicherlich rege genutzt wird. Die AKDB ist für uns ein verlässlicher Dienstleister, mit dem wir eine zukunftsfähige Partnerschaft sehen“, so Jürgen Winter, Vorstand der Klinik-Kompetenz-Bayern. Auch Alexander Schroth, AKDB-Vorstandsvorsitzender, äußerte sich zufrieden: „Die Wahl der KKB zeigt uns, dass die KKB-Mitglieder, die bereits mit der AKDB-Software arbeiten, von unseren Leistungen überzeugt sind.“ ■

Klinik-Kompetenz-Bayern eG
Kooperation für Gesundheit mit Zukunft

Großes Interesse für Jugend- und Sozialthemen

Gut besuchte Veranstaltung in Regensburg

Das zweite Anwenderforum Soziales für Kunden des AKDB-Geschäftsfelds Sozialwesen lockte über 150 Mitarbeiter aus Sozial- und Jugendhilfeverwaltungen sowie Wohngeldstellen nach Regensburg. Die Teilnehmer nutzten dabei die Gelegenheit zu Information und Austausch. Das abwechslungsreiche Tagesprogramm mit aktuellen Themen wie der Einsatz von OK.JUS, der Jugend- und Sozialhilfeanwendung der neuen Produktgeneration SYNERGO®, stieß auf großes Interesse. Weiteres Thema: die Auswirkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes auf die Fallbearbeitung in OK.SOZIUS. Auch die bevorstehende Wohngeldnovelle und die damit verbundenen Änderungen in der Verwaltungssoftware OK.WOBIS wurden intensiv diskutiert. Ein weiteres Highlight: Verfahrensverantwortliche aus Jugend- und Sozialhilfeverwaltungen berichteten von ihren Erfahrungen mit der elektronischen Sozialhilfeakte und standen anderen Teilnehmern dazu Rede und Antwort.

„Der rege Zuspruch und das Interesse an unserer Veranstaltung sind großartig. Der persönliche Austausch mit unseren Kunden ist für uns von allergrößtem Interesse.“

Harald Feyrer, AKDB-Geschäftsfeldleiter

Für weitere Informationen zu den Produkten für Jugend- und Sozialhilfeverwaltungen stehen die regional zuständigen AKDB-Vertriebsberater gerne zur Verfügung: vertrieb@akdb.de. ■

Moderne Finanzverwaltungen nutzen eAktenlösungen

Neu: Abgabenakte, Forderungsakte und Tagesabschlussakte

Zum Thema Rationalisierung der Aktenführung bietet die AKDB allen Kunden des Finanzverfahrens OK.FIS und Finanzwesen zentral Dialog neben bereits bekannten eAkten im Abgabenbereich und in der Anlagenbuchhaltung aktuell zwei neue eAkten sowie eine Erweiterung der eAbgabenakte an.

In der **elektronischen Abgabenakte** kann der Sachbearbeiter in der Veranlagung nun auch die Bescheide ablegen, die im Rahmen eines Stundungsverfahrens oder aufgrund eines Antrages auf Aussetzung der Vollziehung (AdV) bzw. zur Mitteilung eines Abgabenerlasses entstehen. Damit wird die eAbgabenakte für Sachbearbeiter noch wertvoller.

Ganz neu im Angebot ist die elektronische Forderungsakte. Sie nimmt ab sofort alle Dokumente auf, die im Rahmen der Forderungsüberwachung entstehen – ob Mahnung, Erinnerung oder Vollstreckungsauftrag. Vorgesehen ist hier auch die zukünftige Anbindung an die Vollstreckungssoftware avviso-RZ.

Im Kassenbereich gibt es nun die elektronische Tagesabschlussakte. Hier legt OK.FIS/Finanzwesen zentral Dialog auf Wunsch alle Auswertungen und Listen zum Tagesabschluss automatisch ab und ermöglicht so den zeitlich unbegrenzten Rückgriff auf alle Tagesabschlüsse und die zugehörigen Anlagen wie Kontogegenbuch oder Schwebepostennachweis. Im Sinne der vollständigen Medienbruchfreiheit ist geplant, dass der Kassenleiter den Tagesabschluss elektronisch signieren kann, bevor er ihn in der eAkte ablegt.

Lesen Sie auf Seite 38 mehr zum Trendthema elektronische Akten. ■

Neben diesen neuen Angeboten besteht bereits heute die Möglichkeit, in unterschiedlichsten Verwaltungsbereichen moderne eAkten-Lösungen der AKDB einzusetzen:

Im Einzelnen sind das

- **elektronische Einwohnerakten**
- **elektronische Führerscheinakten**
- **elektronische Jugendhilfeakten**
- **elektronische Personalakten**
- **elektronische Sozialhilfeakten**
- **elektronische Wohngeldakten**
- **elektronische Akten im Grundstücks- und Gebäudewesen**
- **elektronische Akten im Ausländerwesen**
- **elektronische Akten zur Anlagenbuchhaltung**
- **sowie Archivierung**

Schneller Austausch zwischen Ausländerbehörden und Standesämtern

Daten laufen nun elektronisch und medienbruchfrei

Die Ausländerbehörden werden von den Standesämtern auf der Grundlage des Staatsangehörigkeitsgesetzes in verschiedenen Fällen um Prüfung der Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt gebeten. Mithilfe des Datenaustauschformates XPersonenstand können die Ausländerbehörden den Datenaustausch mit den Standesämtern elektronisch abwickeln.

Die Nutzung von XPersonenstand ist noch nicht verpflichtend, seine Verwendung erleichtert den Ausländerbehörden den Datenaustausch mit den Standesämtern aber erheblich. Damit OK.VISA-Kunden XPersonenstand schon heute frühzeitig nutzen können, hat die AKDB ihr Fachverfahren um ein entsprechendes Modul erweitert. Dieses Modul bietet zudem den Vorteil, Anfragen von Standesämtern zur Optionseigenschaft elektronisch in OK.VISA einpflegen zu können und die Antworten elektronisch und medienbruchfrei zu erzeugen – die aufwendige manuelle Bearbeitung entfällt. ■

Auf einen Blick:

Das papierlose, medienbruchfreie Verfahren sorgt für hohe Rechtssicherheit bei den personenstandsrechtlichen Prozessen.

NÜRNBERG 2015
KOMMUNALE

AKDB zum Anfassen

AKDB zieht erneut hervorragende Messebilanz

Die AKDB kann ein positives Fazit der diesjährigen Kommunale ziehen. Auf der bundesweit größten und wichtigsten Fachmesse für den kommunalen Bedarf nutzten erneut etwa 5.000 Besucher aus dem kommunalen Umfeld die Gelegenheit, sich über aktuelle Themen und Herausforderungen zu informieren – viele davon auf dem Messestand der AKDB.

Der Messestand der AKDB war zeitweise geradezu belagert. Geschätzte 2.000 Besucher sahen sich dort an beiden Ausstellungstagen praxisgerechte Lösungen für moderne Verwaltungen an, traten mit den Fachspezialisten und Vertriebsberatern der AKDB in Kontakt und tauschten sich gleichzeitig mit Amtskollegen anderer Verwaltungen aus.

In intensiven Fachgesprächen informierten sich Bürgermeister, IT- und Hauptamtsleiter sowie Sachbearbeiter an insgesamt 30 Präsentationsplätzen über weiterentwickelte Softwarelösungen und -dienstleistungen, neue Kooperationen sowie kommunale IT-Trends. Gut besucht waren auch die 30 Vorträge im standeigenen AKDB-Forum.

Die wichtigsten Themen unter anderem: Online-Bürgerservice, Einsatz von eAkten, Rechenzentrumsstrategien oder der digitale Arbeitsplatz der Kommune von morgen.

Ein Highlight der Veranstaltung war die Kooperation mit dem Sparkassenverband Bayern (siehe auch Seite 12). Damit stehen Online-Verwaltungsdienste in SB-Bereichen der Sparkassen mithilfe sogenannter Bürgerterminals und des Bürgerservice-Portals zur Verfügung. Im Rahmen ihres Messerundgangs überzeugte sich auch Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner von dieser neuen bürgerfreundlichen Einsatzmöglichkeit. Insbesondere das Bürgerservice-Portal, mit dem Kommunen ihren Bürgern Online-Verwaltungsdienstleistungen anbieten können, sorgte mit vielen neuen Bürgerservices für großes Interesse: Die Portallösung der AKDB erfährt einen stetigen Zuwachs und wird inzwischen von etwa 400 Kommunen genutzt.

Ebenfalls auf der Messe wurde der Trend zur Auslagerung technischer und fachlicher Verantwortung in das zertifizierte AKDB-Rechenzentrum spürbar. Stichwort elektronische Akten: Am Messestand äußerten sich Kunden positiv über ihre Erfahrungen mit den eAkten und deren einfache Handhabung (siehe auch Seite 38 und 39). Inzwischen haben etwa 600 Kommunen in ihren Personal-, Finanz-, Einwohnermelde-, Grundstücks- und vielen weiteren Verwaltungsbereichen elektronische Aktenlösungen der AKDB im Einsatz. Weitere wichtige Messethemen: Der Verwaltungsarbeitsplatz der Zukunft auf Basis der neuen Produktgeneration SYNERGO® zeigte Besuchern, wie sich Verwaltungsprozesse, die über den PC oder das Mobilgerät angestoßen werden, sicher, einfach und medienbruchfrei in den neuen SYNERGO®-Verfahren erledigen lassen.

Auf großes Interesse stieß auch das Thema Outsourcing. Gerade Verwaltungen kleinerer und mittlerer Kommunen lagern IT-Prozesse in das zertifizierte, sichere AKDB-Rechenzentrum aus. Damit behalten sie die Kontrolle über ihre Daten, sie delegieren lediglich die Verantwortung für die IT und bekommen so mehr Freiraum für ihre Kernaufgaben. ■

Ilse Aigner, Bayerische Wirtschaftsministerin, informierte sich am AKDB-Messestand über neue IT-Lösungen für Kommunen. Hier zeigen ihr der Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth *(links neben Aigner)* und sein Vorstandskollege Rudolf Schleyer *(vorne rechts)* das Bürgerterminal für Sparkassen. *Links neben Schroth:* Dr. Jürgen Busse, bis November Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetages.

Bürgerservice-Portal: Was ist Kommunen am wichtigsten?

Messeumfrage zu neuen Online-Diensten mit interessanten Ergebnissen

Auf dem Kommunale-Messestand sondierte die AKDB Wünsche ihrer Kunden, welche Fachdienste im Bürgerservice-Portal zukünftig angeboten werden sollen. Dazu standen 14 unterschiedliche Auswahlmöglichkeiten zur Verfügung, von denen man auf einem Touchscreen bis zu fünf antippen und priorisieren konnte.

Bereits direkt nach der Messe diskutierten die Verantwortlichen der AKDB die aufschlussreichen Resultate, unter denen sich Ideen zur Buchung von Ferienangeboten, Ressourcen-Reservierung und zum Web-Shop befanden. Sie sollen verstärkt in der künftigen Produktplanung Eingang finden. ■

Bürgerterminal: Online-Verwaltungsdienste in bayerischen Sparkassen

Die Vorteile der SB-Bereiche der Sparkassen für eine unkomplizierte Abwicklung der persönlichen Finanzangelegenheiten kennt heute jeder. Ein guter Grund, diesen akzeptierten Nutzungsbereich auch für kommunale Verwaltungsdienstleistungen zu öffnen. Ob ein Umzug vorbereitet, ein Führungszeugnis angefordert oder ein Wunschkennzeichen reserviert werden soll: Jetzt halten eGovernment Online-Services auch Einzug in bayerischen Sparkassen.

Damit wird der Zugang für Bürger zu digitalen Verwaltungsdienstleistungen noch einfacher, technische Zugangshürden entfallen. Über die Bürgerterminal-Lösungen der AKDB können Bürger in den SB-Bereichen der bayerischen Sparkassen künftig bequem auf ein breites kommunales Online-Diensteangebot zugreifen. Abgesehen von der freigeschalteten eID-Funktion des neuen Personalausweises gibt es keine weiteren Zugangsvoraussetzungen, da das Terminal die erforderliche Technik bereits integriert hat und den Benutzer durch die einzelnen Bedienschritte führt.

Dahinter steht die Technologie des AKDB-Bürgerservice-Portals, der zentralen Plattformlösung für erfolgreiches eGovernment. So ist die Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen auch außerhalb der Öffnungszeiten von Ämtern und Behörden möglich, zu jeder Zeit, 24 Stunden täglich. Das Bürgerservice-Portal umfasst über 70 Online-Dienste und wird von nahezu allen bayerischen Landratsämtern sowie einer Vielzahl von Gemeinden und kreisfreien Städten in Bayern eingesetzt. Das Bürgerterminal startet im Rahmen einer Pilotphase gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen in verschiedenen Kommunen. ■

Bauplätze und Immobilien per Klick vermarkten

Eine der zahlreichen Neuheiten der Kommunale war das Modul OK.GIS Immobilienbörse. Damit können kommunale Mitarbeiter leer stehende Objekte, Baulücken oder neu ausgewiesene Bauplätze in TERAwin-EXP Flächenmanagement erfassen, per Klick im Internet veröffentlichen und als Innenentwicklungspotenziale zum Verkauf anbieten – natürlich nur mit Zustimmung der Eigentümer. Kommunen leisten damit einen aktiven Beitrag zur erfolgreichen Vermittlung und stellen bei Interessentenanfragen den Kontakt zu den Eigentümern her. Bürger und Investoren sind so schnell in der Lage, sich auf der kommunalen Website einen Überblick über verfügbare Bauplätze und Leerstände zu verschaffen.

Die Verwaltung der im oberfränkischen Landkreis Coburg gelegenen Gemeinde Weidhausen nutzt seit Ende September das OK.GIS-Modul erfolgreich im Echtbetrieb. Der Erste Bürgermeister der Gemeinde, Markus Mönch, zeigte sich auf der Kommunale mit dem Einsatz sehr zufrieden: „Unsere kommunalen Sachbearbeiter können mit der Immobilienbörse ohne große technische Kenntnisse über eine automatisierte Schnittstelle per Mausklick freie Bauplätze und leer stehende Immobilien samt Bildergalerie und Exposé hochladen und behalten dabei immer die nötige Kontrolle. In Verbindung mit dem kommunalen Flächenmanagement kann unsere Gemeinde Flächenreserven aktivieren und Leerstände einer neuen Nutzung zuführen. Die ersten Reaktionen der Bürger auf die neue Lösung sind sehr positiv.“

Mehr zum Thema Flächen- und Leerstandsmanagement lesen Sie auf den Seiten 20 und 21. ■

Die AKDB präsentiert ihr neues Modul Immobilienbörse auf der Kommunale: Marc Lederer, AKDB-Vertriebsberater, Rudolf Schleyer, AKDB-Vorstandsmitglied, Markus Mönch, Bürgermeister der Gemeinde Weidhausen b. Coburg, Daniel Back, AKDB, Walter Bott, Geschäftsleiter Gemeinde Weidhausen b. Coburg, Felix Kummer, AKDB *(von links)*

Anwendertreffen zum Bürgerservice-Portal ist wichtiger Impulsgeber

Zahlreiche Kommunalvertreter tauschen sich mit den eGovernment-Verantwortlichen der AKDB aus, um das Bürgerservice-Portal künftig noch besser zu machen!

Neben einem Ausblick und Ideen zu weiteren Fachdiensten im Bürgerservice-Portal, wie etwa einer Webshop-Lösung und einem Dienst für Ferienprogramme, wurde intensiv über aktuelle Marktentwicklungen und daraus abgeleitete Planungen für die Portal-Produktentwicklung diskutiert. Die von der AKDB präsentierten Konzepte stießen auf hohe Resonanz.

Von besonders großem Interesse war aus Sicht der Anwender das Thema Mobilfähigkeit bei eGovernment-Anwendungen. Eine ebenso wichtige Rolle für eine vereinfachte Pflege spielt bei den Kommunen die Einbindung von Content-Management-Systemen. Es bestand Einigkeit darüber, dass diese Themen bei der Weiterentwicklung des Bürgerservice-Portals berücksichtigt werden. Die Umsetzung orientiert sich dabei immer an den Bedürfnissen der Nutzer. ■

Wissensvermittlung bequem per Internet:

WEBINARE ZUM eGOVERNMENT

Ab sofort stellt die AKDB ihren Kunden eine kostenfreie Webinar-Reihe aus dem Bereich eGovernment zur Verfügung. AKDB-Moderatoren präsentieren etwa eine Stunde lang live aktuelle Themen aus diesem Bereich. Hierzu schalten sich die Teilnehmer von ihrem Arbeitsplatz aus zu. Sie verfolgen die Präsentation am Bildschirm, hören die Erklärungen der Moderatoren und können per Live-Chat Fragen stellen.

Das erste Thema beschäftigte sich im Oktober mit der Digitalisierungsinitiative Bayern, mit dem eGovernment-Pakt, dem BayernPortal und den zentralen Basisdiensten. Das positive Teilnehmer-Feedback zeigt, dass die AKDB mit diesem Format richtig liegt und den Kunden damit spürbaren Mehrwert bietet. Die AKDB plant eine Ausgabe pro Quartal, bei Bedarf auch mehr. Angekündigt werden Termine und Themen über die Homepage unter www.akdb.de/webinare.

Bayerisches eGovernment-Gesetz steht vor der Tür

Wichtiger Akzent für kommunales eGovernment – Details zum voraussichtlichen Zeitplan

Wegen mehrerer Tausend Formvorschriften, die derzeit in der Verwaltung existieren und ein durchgängiges eGovernment behindern, haben die bisherigen Bemühungen, sie im Rahmen von eGovernment stärker zu digitalisieren, nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Beispielsweise ist bis heute weder bei Bürgern noch bei Unternehmen die 2001 eingeführte qualifizierte elektronische Signatur QES akzeptiert.

Erstmals werden mit dem geplanten Gesetz klar umrissene Rechte für Bürger und Unternehmen gegenüber der Verwaltung in Bezug auf Zugang zu Kommunikation, Identifizierung, Verfahrensabwicklung, Bezahlen und Rechnungstellung – auf elektronischem Weg – benannt.

Neben der genauen Ausgestaltung der zehn bzw. elf Artikel ist besonders interessant, wann die einzelnen Regelungen für die Kommunen in Kraft treten. Nicht zuletzt aufgrund erforderlicher technischer Verfahren, die mit den Regelungen verbunden sind, wurden angemessene Fristen definiert.

So ist die in Artikel 3 geregelte elektronische Kommunikation, das heißt der elektronische Zugang von Bürgern und Unternehmen zu den Behörden – zum Beispiel per E-Mail, Portal und DE-Mail – bereits für den 1. Juli 2016 vorgesehen. Gleiches gilt für Online-Dienste und damit verbunden auch für elektronische Verwaltungsverfahren (Artikel 6) sowie Online-Bekanntmachungen (Artikel 4).

Etwas mehr Zeit lässt der Gesetzentwurf den Kommunen beim Thema Formulare und elektronische Akte, die zum 1. Juli 2017 anzuwenden sind. Die Regelungen zur elektronischen Rechnung greifen zum 27. November 2019. Zum 1. Januar 2020 werden dann ein verschlüsselter Zugang für Bürger und Unternehmen, die eID für eine sichere Authentifizierung sowie das elektronische Bezahlen ePayment verpflichtend. Für DE-Mail ist dagegen derzeit keine gesetzliche Zeitplanung vorgesehen. ■

Mit dem Gesetzentwurf sollen rechtliche Voraussetzungen für eine effektive, bürger- und unternehmensfreundliche digitale Verwaltung in Bayern sowie der Ausbau des eGovernments auf allen Verwaltungsebenen und für alle diesbezüglichen Dienstleistungen im Freistaat Bayern geschaffen werden.

Asylbewerber:
Unterbringung mit System

Ab sofort bietet die AKDB Kommunen die Lösung Tau-Office Unterkunftsmanagement an

Eine echte Alternative zu Listen und Tabellen bei der Asylbewerberunterbringung ist die Speziallösung Tau-Office Unterkunftsmanagement. Sie ermöglicht nicht nur eine vorausschauende Unterbringung, sondern Unterstützungsfunktionalität für alle begleitenden Maßnahmen und anstehenden Aktivitäten. Tau-Office kann als Client-Server-Installation betrieben werden, um auch allen Unterkünften vor Ort eine Datenerfassung zu ermöglichen. Eine Standard-Datenimportfunktion sowie ein optionales dreistufiges Datenmigrationskonzept machen den Umstieg von Excel auf Tau-Office sogar im laufenden Unterbringungsbetrieb möglich. Die AKDB berät gerne bei der Umstellung.

Bayern nimmt gemäß Königsteiner Schlüssel 15 Prozent aller Flüchtlinge und Asylbewerber auf. Bei geschätzt einer Million Flüchtlingen bis Ende des Jahres sind das durchschnittlich 1.500 Personen pro Landkreis bzw. kreisfreier Stadt. Ein schnelles Ende der neuzeitlichen Völkerwanderung ist aktuell nicht in Sicht.

Istvan Csak / Shutterstock.com

Der anhaltende Flüchtlingsstrom stellt Politik wie Verwaltungen vor große Herausforderungen. Die Kommunen sind gemeinsam mit ehrenamtlichen Helfern und Vereinen seit Monaten unermüdlich damit beschäftigt, die gemäß Königsteiner Schlüssel zugewiesenen Flüchtlinge und Asylbewerber auf bestehende, angemietete oder auch eigens geschaffene Unterkünfte zu verteilen, sie zu versorgen und zu betreuen.

Der dahinterstehende Planungs- und Logistikprozess ist immens: Wo gibt es noch freie Belegungskapazitäten für Neuankömmlinge? Stehen noch ausreichend Betten und Hygieneartikel zur Verfügung? Wo kann eine alleinerziehende Mutter mit Kindern bestmöglich untergebracht werden? Welche der per Bescheid zugewiesenen Asylbewerber werden auch tatsächlich vorstellig und welche sind Fehlbeleger? Fragen, die bei den aktuell zu bewältigenden Mengen und den täglichen Zu- und Abgängen kaum noch aus Behelfstabellen heraus beantwortet werden können.

Für eine möglichst geregelte Unterbringung mit System bietet die AKDB seit Mitte November die Lösung Tau-Office Unterkunftsmanagement an. Die Software unterstützt die in Landkreisen und kreisfreien Städten für die Unterbringung zuständigen Sachgebiete (Koordinierungsstelle Asyl, Ausländerbehörde, Sozialamt) bei der flexiblen Erfassung von Unterkünften, ermöglicht eine vorausschauende Belegungs- und Kapazitätsplanung und dokumentiert obendrein alle anstehenden Aktivitäten, Kosten und Statistiken.

Das Programm bietet vier Funktionsblöcke, die den gesamten Unterbringungs- und Betreuungsprozess unterstützen:

Unterkünfte

Mit dem Modul „Unterkünfte" werden sämtliche zur Verfügung stehenden Unterkünfte und Wohnungen einmalig in ihrer Struktur, Beschaffenheit und Ausstattung, mit Miet- und Nebenkosten sowie weiteren konfigurierbaren Details erfasst. Sofern Grundrisse bestehen, können diese hinterlegt werden.

Fälle

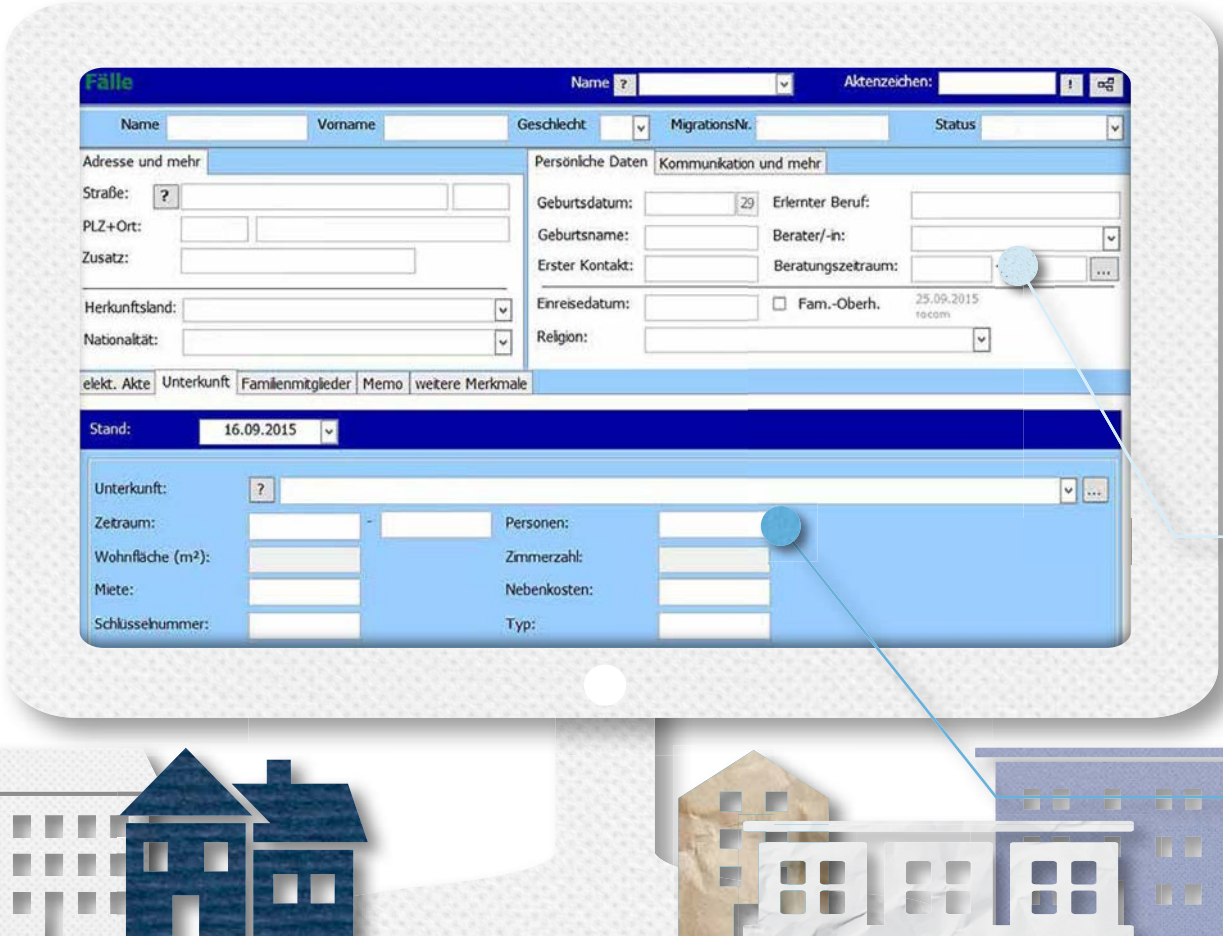
Über das Modul „Fälle" lassen sich nun sowohl Einzelpersonen als auch ganze Familien erfassen und einer geeigneten Unterkunft mit ausreichend Kapazität zuordnen, optional auch ein persönlicher Betreuer. Intelligente Prüffunktionen bei der Eingabe helfen Doppeleingaben zu vermeiden. Über die per Ein- und Auszugsdatum automatisch berechnete Verweildauer kann die Abrechnung des Falles gegenüber Kostenträgern angestoßen werden. Mit der Excel-Importfunktion lassen sich die wesentlichen Asylbewerber-Stammdaten leicht in das Programm übertragen.

eAkten

Die eAkten-Funktion leistet wertvolle Hilfe bei den mit der betreffenden Person in Zusammenhang stehenden Leistungen und Aktivitäten wie zum Beispiel Einschulung der Kinder, Impfungen, Kindergartenplatz oder Zusammenstellung von Unterlagen für die Anhörung in der BAMF-Außenstelle. Zusammen mit der Dokumenten- und Terminmanagementfunktion lassen sich so ganze Checklisten konfigurieren und abarbeiten, termingebundene Aufgaben werden nicht vergessen. Ebenfalls können bei den im System angelegten Unterkünften Dokumente wie Mietverträge oder auch Fotos zur „Vorher-nachher-Dokumentation" von Mietobjekten hinterlegt werden.

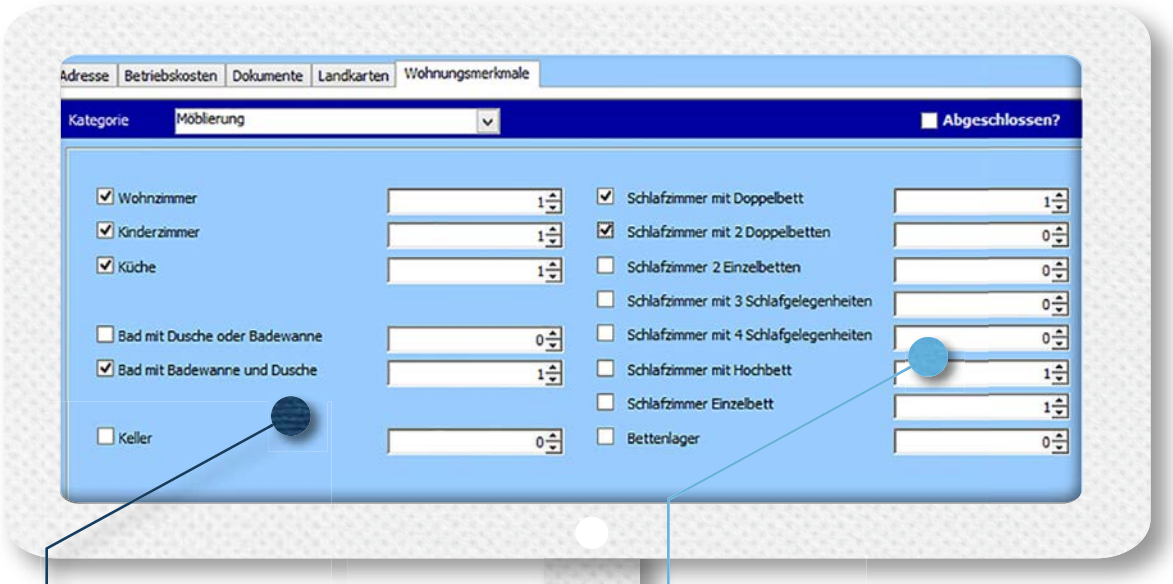
Auswertungen und Statistiken

Sämtliche in Registern hinterlegten Daten lassen sich statistisch auswerten. Der Listengenerator im Modul „Auswertungen und Statistiken" erzeugt jederzeit schnell erfassbare Übersichten zu aktuell betreuten Personen und Familien mit spezifischen Merkmalen als auch zu freien Kapazitäten oder Fehlbelegern.



Wo gibt es noch freie Belegungskapazitäten für Neuankömmlinge? Wo kann eine alleinerziehende Mutter mit Kindern bestmöglich untergebracht werden?

Durch die anwenderfreundliche Handhabung des Programms ist der Einstieg auch für ungeübte Anwender schnell erlernbar. Kontextmenüs und einfache Such- und Hilfsfunktionen machen die Bedienung denkbar einfach. So findet sich auch das Vor-Ort-Betreuungspersonal von Unterkunftsbetreibern schnell in der Software zurecht und kann Veränderungen und Ergänzungen jederzeit im System eingeben. Die in der Kreisverwaltungsbehörde zentral zuständige Stelle für die Unterbringung hat so eine aggregierte Just-in-time-Sicht auf die Belegungssituation und auf freie Kapazitäten. Gerade angesichts der oftmals kurzen Vorlaufzeiten bei Neuankömmlingen eine gewinnbringende Funktion. ■

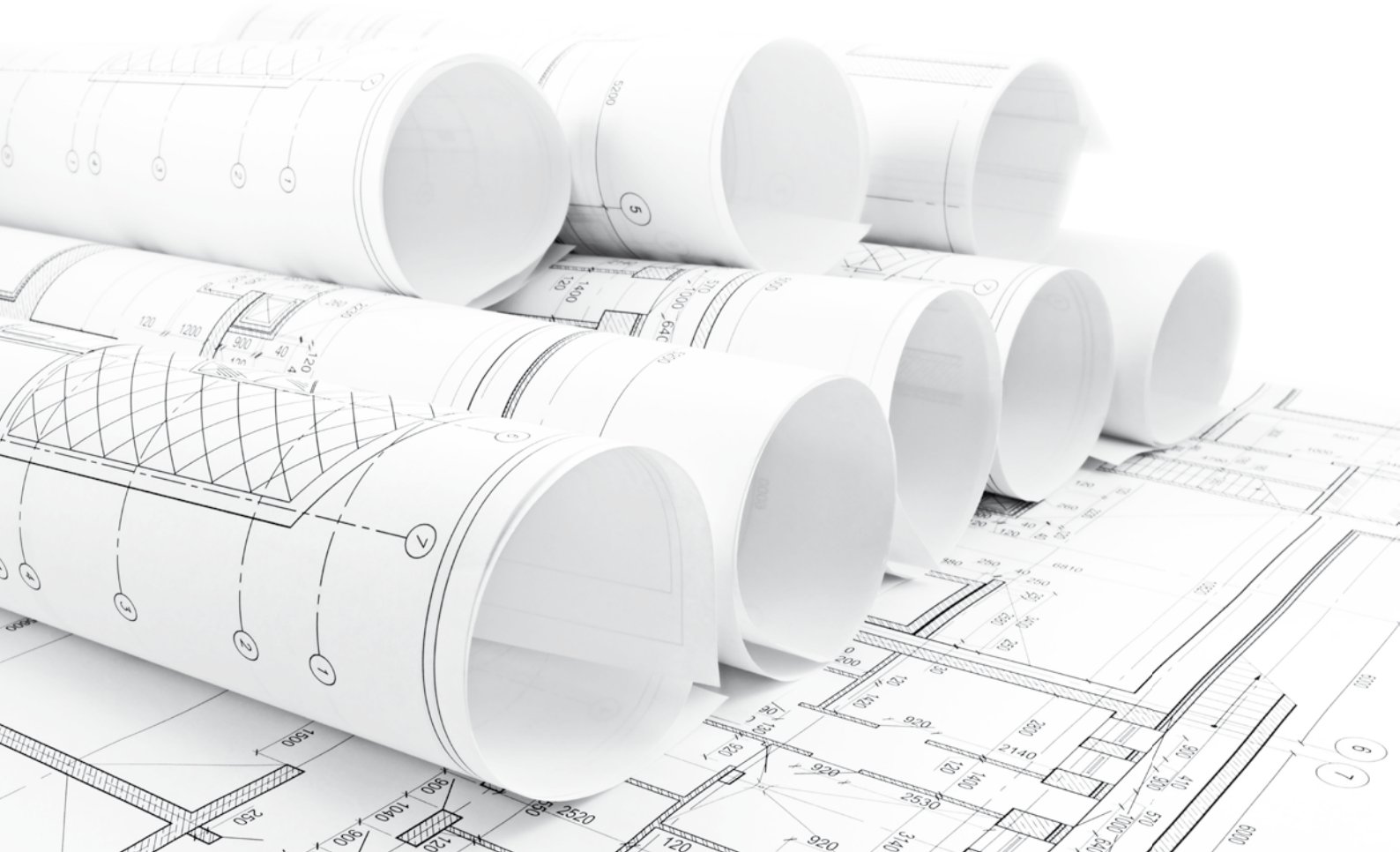


Täglich werden bundesweit neue Unterkünfte erschlossen, in manchen Landkreisen sind es bis zu 200 verschiedene. Tau-Office Unterkunftsmanagement hilft bei der ethnisch und religiös verträglichen Belegungsplanung, bei der Verwaltung und Betreuung von Einzelpersonen und Familien, bei anstehenden Tätigkeiten und Terminen und bei statistischen Auswertungen.

Ortskerne attraktiv und lebenswert erhalten

Die Nachfrage nach Bauland ist groß. Sowohl Häuslebauer als auch Gewerbetreibende profitieren von der wirtschaftlichen Lage und den niedrigen Bauzinsen. Baugrund ist knapp und gefragt – nicht nur in den Ballungsgebieten, auch im ländlichen Raum. Die Kehrseite der Medaille ist ein hoher Flächenverbrauch, Flächenkonkurrenz und nicht zuletzt vielerorts der Verlust der gewachsenen Heimat. Gleichzeitig erfährt das Wohnen und Arbeiten in bedeutungsvollen Lagen eine neue Wertschätzung. Auch angesichts unserer älter werdenden Gesellschaft sind zentrale Wohnlagen und eine gute fußläufig erreichbare Nahversorgung Merkmale zukunftssicherer Ortsplanung und Siedlungsentwicklung.

Oftmals ist es schwierig, kurzfristige Änderungen mit langfristigen in Einklang zu bringen. Der Innenausbau ist hier ein gutes Beispiel. Grundsätzlich von fast allen befürwortet, werden im kommunalen Planungsalltag vielfach Entscheidungen getroffen, welche den Fortschritt auf der „Grünen Wiese" nach sich ziehen. Gesetzlich ist der Vorrang der Innenentwicklung im Baugesetzbuch und im bayerischen Landesentwicklungsprogramm vorgeschrieben. Wie kann man dies nun optimal in die kommunale Planung integrieren?



Vorhandene Innenentwicklungspotenziale erkennen

Ohne eine konkrete Bestandsaufnahme über die Innenentwicklungspotenziale Bescheid zu wissen, hat sich in der Praxis nicht bewahrheitet. Wird eine Bestandsaufnahme erst einmal durchgeführt, sind in der Regel auch Bürgermeister und Gemeinderäte überrascht, dass doch deutlich mehr Potenziale für die Innenentwicklung vorhanden sind. Gleichzeitig wird der Aufwand der Bestandsaufnahme überschätzt. Viele Beispiele, insbesondere kleine Kommunen belegen dies eindeutig.

Verfügbarkeit der Innenentwicklungsflächen klären

Wenn freie Bauflächen nicht zum Verkauf stehen, bedeutet es nicht zwangsläufig, dass keine Verkaufsbereitschaft besteht. Es bedarf einer systematischen schriftlichen Befragung aller Eigentümer, um belastbare Informationen über verfügbare Flächen zu erhalten. Dies ist mit wenig Aufwand und guten Rücklaufquoten möglich, wie Beispiele aus kleinen Kommunen beweisen. Oftmals erübrigt sich im Anschluss an eine solche Befragung die Planung neuer Baugebiete.

Nachfrage an Bauland realistisch einschätzen

Für eine Bedarfsprognose werden zunächst die vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellten Daten zur künftigen Bevölkerungsentwicklung benötigt. Darauf aufbauend kann der Wohnbaulandbedarf berechnet und mit den erhaltenen Innenentwicklungspotenzialen abgeglichen werden. Ist die Nachfrage höher, als die bereitstehenden Bestände, können die noch fehlenden Flächen neu ausgewiesen werden.

Oberregierungsrat Claus Hensold, stellvertretender Referatsleiter „Nachhaltigkeit, Indikatoren und medienübergreifender Umweltschutz“ beim Bayerischen Landesamt für Umwelt zum Thema Leerstandsmanagement.

Hilfsmittel nutzen

Die Bayerische Staatsregierung stellt mit der Flächenmanagement-Datenbank des Bayerischen Landesamts für Umwelt ein kostenloses und auch in kleinen Kommunen einfach zu handhabendes Instrument zur Erfassung und Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen zur Verfügung. Auch in Verfahren der ländlichen Entwicklung ist dieses ein fester Bestandteil des sogenannten Vitalitäts-Checks. Entscheidend ist eine regelmäßige Aktualisierung der Daten, um veraltete Datenstände und größeren Nacherhebungsaufwand zu vermeiden. Einige Software-Anbieter im kommunalen Bereich haben die Funktionen der Flächenmanagement-Datenbank in die bereits vorhandene Softwarelandschaft von Bau- und Liegenschaftsamt integriert. Das vereinfacht Arbeitsprozesse und ermöglicht weitere Funktionalitäten, wie zum Beispiel Kartenerstellung oder die Verknüpfung mit Einwohnermeldedaten.

Auf Dauer auftretende Folgekosten können eine erhebliche Belastung für die Kommunen und die Gebührenzahler darstellen. Im Bestand ist die Infrastruktur bereits geschaffen. Innenentwicklung bedeutet deshalb eine intensivere und kostengünstige Auslastung der vorhandenen Struktur, während neues Bauland insbesondere in Stagnations- und Schrumpfungsräumen das Kosten-Nutzen-Verhältnis des technischen Versorgungsnetzes verschlechtert. Mithilfe des kostenlosen FolgekostenSchätzers können Gemeinden bereits in einem frühen Planungsstadium die künftig zu erwartenden Folgekosten bilanzieren.

Unterstützung anbieten

Schließlich muss die Gemeinde zeigen, dass ihr die Innenentwicklung wichtig ist. Ein Ansprechpartner für Fragen zur Innenentwicklung sollte zur Verfügung stehen. Weiter bieten bereits viele Gemeinden beispielsweise eine kostenlose Architektenberatung, Unterstützung bei Abriss und Entsorgung oder gar kommunale Förderprogramme bei Sanierung von Leerständen an. Oftmals wird eine Webseite mit zum Verkauf stehenden Baulücken und Gebäuden eingerichtet.

Ausblick

Die Innenentwicklung ist eine Zukunftsaufgabe aller Kommunen in Bayern. Mittel- und langfristig werden die Städte und Gemeinden mit attraktiven und lebendigen Ortskernen Standortvorteile im Wettbewerb der Kommunen haben. Je frühzeitiger und intensiver mit der Innenentwicklung begonnen wird, desto besser! ■

Moderne Straßenkataster
für kommunale Entscheidungsträger

Datenintegration im w³GEOportal

In Zeiten knapper Kassen bei Gemeinden, Städten und Landkreisen ist es besonders wichtig, für mittel- und langfristige Planungen der öffentlichen Haushalte belegbare Zahlen vorlegen zu können. Dabei stellt sich für alle öffentlichen Baulastenträger immer wieder die Frage, wie viele Mittel für den Unterhalt ihrer Straßen, Plätze, Rad- und Gehwege kurz-, mittel- und langfristig benötigt werden und somit einzuplanen sind.

Eines der wichtigsten Hilfsmittel für verlässliche Planungen sind moderne Straßenkataster. Denn diese dokumentieren den Straßenzustand, liefern fachlich fundierte Erhaltungs- bzw. Sanierungsempfehlungen und können diese Informationen mithilfe eines Geoinformationssystems auch räumlich darstellen.

Wie erfolgt heute der Aufbau solcher Straßenkataster für die öffentlichen Auftraggeber? Eine Antwort lautet: durch Befahrung mit mobilen Messsystemen. Mithilfe der so ermittelten Daten erfolgt

- der Aufbau digitaler Straßennetze und die genaue Längenermittlung aller Straßen und Wege
- die flächendeckende Fotodokumentation des Verkehrsraums für die Verwaltung mit zahlreichen Messfunktionen im Bild
- die spätere Ansteuerung der Befahrungsbilder aus dem GIS heraus für zahlreiche Mitarbeiter der Verwaltung
- die systematische Zustandserfassung von Straßen und Wegen nach genormten Regelwerken
- die flächendeckende, georeferenzierte Erfassung von Verkehrszeichen, Beleuchtungsmasten, Straßenbäumen, Grünflächen, Abläufen, Sinkkästen, Schiebern und sämtlicher Inventardaten im öffentlichen Straßenraum
- die Erfassung der Verkehrsflächen mit Lage und Größe, wie zum Beispiel bei Fahrbahnen, Rad- und Gehwegen, Grünstreifen, Plätzen, unbefestigten Wege- und Brückenbauwerken.

Mobile Messsysteme dokumentieren den Straßenzustand.

Gute Dokumentations- und Auswertungsmöglichkeiten

Aus der mobilen Erfassung aller Straßeninformationen ergeben sich anschließend umfassende Möglichkeiten für Dokumentations- sowie für Planungs- und Auswertungszwecke. Das Kataster kann zum Beispiel die Kämmerei unterstützen, um bei einem doppischen Buchungsstil das monetäre Straßenanlagevermögen zu ermitteln sowie Erhaltungsbedarfsprognosen zu erstellen. In der Bauverwaltung kann Erhaltungs- bzw. Nachholbedarf abgeleitet werden. Gleichzeitig schafft das Kataster Standards für die Fortschreibung vorliegender Straßeninformationen bezüglich Datenformaten, Erfassungsmethodik sowie Betrachtungs- und Auswertesysteme und lässt eine Datengrundlage für die Sicherstellung der Verkehrssicherungspflicht zu. Abschließend können – je nach Auftragserteilung – zusätzliche Informationen für den Aufbau weiterer Kataster gewonnen werden:

Baumkataster

Grünflächenkataster

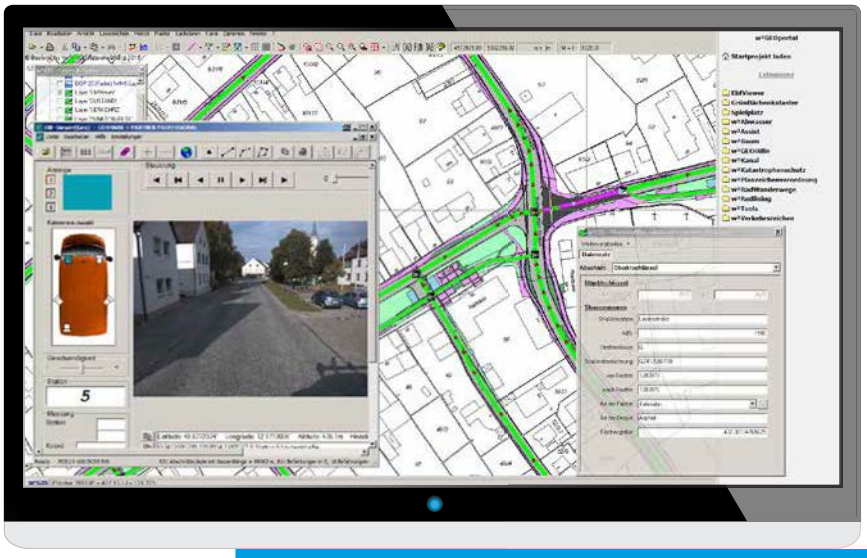
Beleuchtungskataster

Verkehrszeichenkataster

Hydrantenkataster

Für weitere Fragen oder Anmerkungen steht das GIS-Team der AKDB jederzeit zur Verfügung. Die Mitarbeiter unterstützen Kommunen bei der Einführung sowie der Umsetzung des Straßenkatasters.

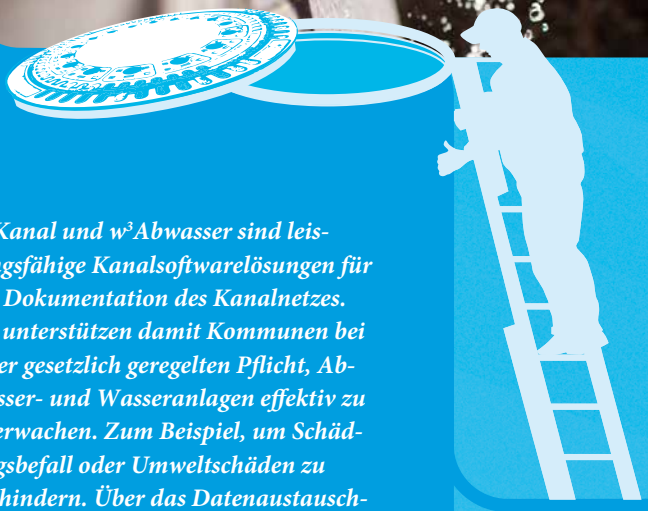
Schreiben Sie uns eine Mail an:
grundstueckswesen@akdb.de
Unser Team ist gerne für Sie da. ■



Das Straßenkataster der Marktgemeinde Ergolding im w³GEOportal der AKDB. Alle relevanten Daten wurden von der Firma Lehmann und Partner erfasst und aufbereitet, die Datenintegration erfolgte durch die AKDB. Mit dem eingebundenen Straßenviewer können unter anderem mit nur einem Klick auf eine Straße im w³GEOportal alle Straßenaufzeichnungen aufgerufen und „rundum" betrachtet werden.

Software für den Umweltschutz

Seit 20 Jahren gilt die Eigenüberwachungsverordnung: Kommunen sind für ihre Wasser- und Abwasseranlagen verantwortlich.



w³Kanal und w³Abwasser sind leistungsfähige Kanalsoftwarelösungen für die Dokumentation des Kanalnetzes. Sie unterstützen damit Kommunen bei ihrer gesetzlich geregelten Pflicht, Abwasser- und Wasseranlagen effektiv zu überwachen. Zum Beispiel, um Schädlingsbefall oder Umweltschäden zu verhindern. Über das Datenaustauschformat ISYBAU gewährleistet die Software eine lagegenaue Abbildung von Schächten, Schachtdeckeln, Druckleitungen, Sonderbauwerken usw. Auf Knopfdruck werden Haltungs- bzw. Schachtblätter und Listenauswertungen ausgegeben, Schadensbilder und Videos können direkt aufgerufen werden.

Öffentliche Kanalisationen in Städten und Gemeinden sorgen für den systematischen und kontrollierten Ablauf gewerblicher und häuslicher Schmutz- und Regenwasser. Sie dienen dem Schutz von Gesellschaft und Umwelt. Herstellung, Betrieb und Unterhalt aller Anlagen erfordern erhebliche Mittel, die zum großen Teil von Bürgern und Wirtschaft mitgetragen werden. Alle Kommunen sowie Abwasser- und Wasserzweckverbände als Betreiber sind gesetzlich dazu verpflichtet, ihre Abwasser- und Wasseranlagen zu überwachen.

Bereits 20 Jahre ist es nun her, dass der bayerische Gesetzgeber mit der Eigenüberwachungsverordnung eine Regelung dazu erlassen hat: Öffentliche Abwasserkanäle und private Abwasserleitungen müssen so errichtet und betrieben werden, dass sie funktionsbereit, dicht und betriebssicher sind. Aus diesen Anlagen dürfen weder flüssige noch feste Stoffe in das Erdreich gelangen und das Grundwasser verunreinigen.

Die Überwachungspflicht erstreckt sich hauptsächlich auf Betriebskontrollen, Messungen sowie Aufzeichnung und Vorlage der Ergebnisse bei den Aufsichtsbehörden. Die Verordnung gilt für alle auf öffentlichem Grund verlegten Abwasserkanäle, die Abwasser von Grundstücksentwässerungsanlagen aufnehmen und ableiten.

Prüfanlässe und Prüfungsmethoden

Neu gebaute Kanäle sollten vor Inbetriebnahme in geeigneter Weise geprüft werden. Hier sind eine umfassende Sichtprüfung, zum Beispiel mithilfe einer Kamerabefahrung, sowie eine Dichtheitsprüfung unbedingt erforderlich, denn etwa 75 Prozent aller später festgestellten Kanalschäden sind auf Einbaufehler zurückzuführen. Auch Gewährleistungs- und Sanierungsabnahme sowie Wiederholungsprüfungen sind Prüfanlässe.

75 Prozent aller später festgestellten Kanalschäden sind auf Einbaufehler zurückzuführen.

Unter der einfachen Sichtprüfung versteht man eine optische Sichtprüfung durch den geöffneten Schacht. Die Leistung umfasst unter anderem Reinigen des Schmutzfängers und Prüfen der ordnungsgemäßen Abdeckung. So können bereits erste Mängel festgehalten werden, zum Beispiel Beschädigungen an Schachtwandungen, fehlende Steigeisen, Wassereintritt an der Wandung, aber auch Ablagerungen im Gerinne. Auffällige Gerüche können Warnzeichen für explosive Gase sein; außerdem lässt sich ein eventueller Rattenbefall feststellen. Diese einfache Sichtprüfung muss jährlich erfolgen und erfordert keine großen technischen Voraussetzungen. Bei der eingehenden Sichtprüfung, die spätestens alle zehn Jahre stattfinden muss, sind die Anlagen zur Abwasserableitung so zu reinigen, dass deren Zustand einwandfrei erfasst und beurteilt werden kann. Mit einer Kamera werden überwiegend nicht begehbare Abwasserleitungen untersucht. Bei Bedarf können auch noch weitere Prüfungsmethoden wie Begehungen usw. zum Einsatz kommen.

Vorteile effektiver Softwarelösungen

Nur konsequente Durchführung und Dokumentation aller Sichtprüfungsergebnisse führen dazu, den Zustand der abwassertechnischen Anlagen zu bewerten. So können letztlich geeignete Maßnahmen für den Schutz der Umwelt ergriffen werden. In diesem Zusammenhang bietet die AKDB ihren Kunden mit den Produkten w³Kanal und w³Abwasser leistungsfähige Kanalsoftwarelösungen für die Dokumentation des Kanalnetzes an. Alle Daten einschließlich der erweiterten Sichtprüfungsergebnisse können über das bundesweit einheitliche Datenaustauschformat ISYBAU übernommen und räumlich analysiert werden. Die Ergebnisse der einfachen Sichtprüfungen werden bequem vor Ort erfasst, dokumentiert und etwa für Jahresberichte zusammengestellt. ■

Safe Harbor

Das Safe-Harbor-Abkommen bezieht sich auf eine Entscheidung der Europäischen Kommission auf dem Gebiet des Datenschutzrechts aus dem Jahr 2000, das es ermöglichen sollte, personenbezogene Daten in Übereinstimmung mit der europäischen Datenschutzrichtlinie aus einem EU-Land in die USA zu übermitteln. Inzwischen ist die Safe-Harbor-Entscheidung vom Europäischen Gerichtshof EuGH für ungültig erklärt worden. Das Urteil des EuGH kann nicht nur Unternehmen betreffen, sondern auch bayerische Behörden. Wenn bayerische Behörden unter Berufung auf die jetzt für ungültig erklärte Safe-Harbor-Entscheidung personenbezogene Daten an US-Stellen übermittelt haben, müssen sie die Datenübermittlungen nun überprüfen.

Sicheres Rechenzentrum statt anonymer Cloud

Doris Kirmeyer, AKDB-Datenschutzbeauftragte, zum Thema Safe Harbor

Der Europäische Gerichtshof EuGH erließ am 6. Oktober 2015 ein aufsehenerregendes Urteil, mit dem er die Safe-Harbor-Entscheidung der Europäischen Kommission für ungültig erklärt und der EU-Kommission die Kompetenz abspricht, dadurch die Befugnisse nationaler Datenschutzbehörden zu beschränken. Der EuGH sieht in seinem Urteil die im Safe-Harbor-Abkommen vorgesehene Selbstzertifizierung US-amerikanischer Unternehmen als ungeeignet an, um ein angemessenes Datenschutzniveau zu gewährleisten. US-Unternehmen, die sich zur Einhaltung der Safe-Harbor-Principles und FAQ verpflichtet hatten, konnten sich auf der entsprechenden Liste des US-Handelsministeriums eintragen lassen.

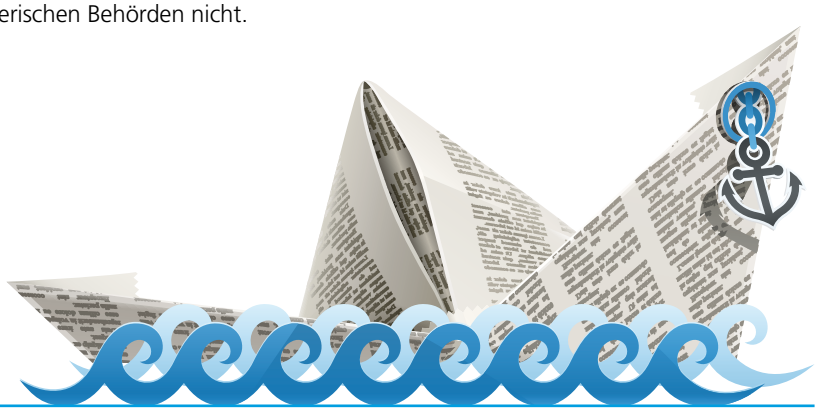
Ein angemessenes, also dem EU-Recht vergleichbares Datenschutzniveau ist Voraussetzung, wenn personenbezogene Daten in ein Drittland wie die USA übermittelt werden. Davon ist aber nur dann auszugehen, wenn die EU-Kommission dieses im Rahmen einer Adäquanzentscheidung gemäß Datenschutzrichtlinie 95/56/EG für einen Drittstaat förmlich festgestellt hat.

Das Urteil des EuGH geht zurück auf eine Beschwerde des österreichischen Staatsbürgers Max Schrems gegen die Datenschutzbehörde der Republik Irland. Er hatte sich gegen die Übermittlung von Daten durch das soziale Netzwerk Facebook in die USA gewehrt. Über die Beschwerde sollte der irische High Court entscheiden, der die Sache der EU-Gerichtsbarkeit vorlegte.

Was bedeutet die Rechtsprechung des EuGH konkret? Es ist unbedingt notwendig, genau zu prüfen, an wen Daten mit Personenbezug übermittelt werden. Problematisch ist es, einen Dienstleister mit Sitz außerhalb der EU zur Datenverarbeitung auszuwählen, wenn dort nicht von einem angemessenen Datenschutzniveau ausgegangen werden kann. Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Dr. Thomas Petri, rät anlässlich des Safe-Harbor-Urteils bayerischen Behörden davon ab, Public-Cloud-Dienste mit Datenverarbeitungen in den USA zu nutzen: „Wir haben leistungsfähige Rechenzentren, da brauchen wir keine privaten Dienste", so der Landesdatenschutzbeauftragte in der Süddeutschen Zeitung vom 9. Oktober 2015.

Bereits im vergangenen Jahr hatte er in seinem 26. Tätigkeitsbericht darauf hingewiesen, dass es einer gesonderten Rechtsgrundlage bedarf, wenn Cloud Computing außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zur Debatte steht. Eine solche Übermittlungsbefugnis bestand laut Bayerischem Landesbeauftragten für den Datenschutz bei den von ihm beratenen bayerischen Behörden nicht.

Gefragt ist also eine Datenverarbeitung, die ohne transatlantische Datentransfers auskommt. Die Rechenzentrumsleistungen der AKDB werden ausschließlich an Standorten in Bayern erbracht. Dazu zählt zum Beispiel neben den Outsourcing-Angeboten auch KommSafe, der sichere Datenspeicher im AKDB-Rechenzentrum. ■



Safe Harbor und die Folgen

Sascha Kuhrau, Berater für Datenschutz und Informationssicherheit in Kommunalverwaltungen

Der 6. Oktober 2015 und das Urteil des EuGH gelten den Datenschutzbehörden als der größte Durchbruch im Datenschutz des letzten Jahrzehnts. Andere Beobachter stufen es als das ein, was es ist: das Ende einer EU-weiten Selbsttäuschung.

Safe Harbor war aufgrund seiner Systematik, nämlich der Selbstverpflichtung von US-Unternehmen auf europäischen Datenschutz-Kodex, von vornherein Makulatur. Die Umsetzung und Einhaltung wurde nie geprüft. Man vertraute auf Zusagen und blendete die Rechtslage in den USA aus. Das erinnert an das berühmte Pippi-Langstrumpf-Lied: „Ich mach' mir die Welt – widewide wie sie mir gefällt".

Das Urteil hat Safe Harbor für unzulässig erklärt, überlässt die Art und Weise der Umsetzung den nationalen Datenschutzbehörden. Und die deutschen Behördenleiter wollen jetzt möglichst sofort „den Stecker ziehen" – kombiniert mit Aussetzung der EU-Standardvertragsklauseln und den Binding Corporate Rules (BCR) als Alternativen. BCR sind unternehmensinterne Vorschriften, die datenschutzrechtlich den Datentransfer von personenbezogenen Daten ins Ausland innerhalb eines international tätigen Unternehmens ermöglichen. Einerseits konsequent, andererseits weltfremd. Die globalen Verflechtungen und Anforderungen lassen es meist nicht zu, einfach „den Stecker zu ziehen". Doch das wird jetzt mit derselben Chuzpe ausgeblendet, wie die von Anfang an bekannte Unzulänglichkeit von Safe Harbor.

Der kommunale Bereich ist glücklicherweise nur geringfügig bis gar nicht betroffen. Er bedient sich traditionell der Dienstleistungen öffentlich-rechtlicher Rechenzentren, die mittlerweile auch zuverlässig Cloud-Services anbieten, die dem Datenschutzrecht entsprechen. Dazu müssen sie ein modernes Informationssicherheits-Management (ISMS) betreiben und können so einen auf Dauer sicheren Betrieb aufrechterhalten. Hinzu kommen rechtliche Auflagen wie das eGovernment-Gesetz. ■

„Das Urteil hat Safe Harbor für unzulässig erklärt, überlässt die Art und Weise der Umsetzung den nationalen Datenschutzbehörden."

Sascha Kuhrau, Berater für Datenschutz und Informationssicherheit in Kommunalverwaltungen

Prägend für die Stadt Wolfenbüttel und ihr heutiges Aussehen waren die Welfen. Wolfenbüttel gilt als erste nach Plan gebaute Renaissancestadt Deutschlands. Noch heute sichtbarstes Wahrzeichen der ehemaligen Welfenherrschaft ist ihr mitten in der Stadt gelegenes prächtiges Residenzschloss. Wolfenbüttel mit seinen 55.000 Einwohnern überzeugt mit einem historisch gewachsenen Ambiente sowie mit den Annehmlichkeiten einer weltoffenen, freundlichen und vielfältigen Kreisstadt.

„Einführung von OK.PWS gelang termingerecht und reibungslos“

Interview mit dem Personalleiter der Stadtwerke Wolfenbüttel

Die Stadtwerke Wolfenbüttel arbeiten seit Anfang 2015 mit der AKDB zusammen. Vorher hatten sie ein autonomes Abrechnungsverfahren im Einsatz. Wir befragten Jürgen Friese zu den vielschichtigen Gründen, eine neue Lösung für die Entgeltabrechnung zu suchen.

Herr Friese, warum nutzen die Stadtwerke jetzt OK.PWS?

Ende 2013 wurden wir als Anwender darüber informiert, dass das von uns eingesetzte Entgeltabrechnungsprogramm in der bekannten Form nicht mehr fortbestehen wird. Wir suchten also ein Programm, das folgende Leistungsmerkmale vereint:

- Abrechnung: TV-V, TVöD, TVATZ, TVFlexATZ, TVAöD, Ruhegeldordnung, Zusatzversorgungskasse, Pfändungen
- Abrechnung der betrieblichen Altersvorsorge mit sämtlichen Durchführungswegen und steuerlichen Variationen
- Schnittstellen: Zeiterfassungssystem, Finanzbuchhaltung, Arbeitsvorbereitung
- Rückrechnungsmöglichkeiten inkl. nachträglicher Überweisung von Nettobeträgen
- Möglichkeit der digitalen Übermittlung von Entgeltnachweisen
- Sendeverfahren für Finanzämter, Krankenkassen, ZVK usw.

Nach entsprechenden Marktrecherchen kristallisierten sich Programme und Lösungen heraus, die es zu bewerten gab. Unter finanziellen, technischen und organisatorischen Gesichtspunkten bot sich eine Rechenzentrumslösung als Alternative an. Arbeitsaufwand und Kosten unseres eigenen Rechenzentrums konnten dadurch optimiert werden.

Welche Fachanwendungen setzen Sie bisher in OK.PWS ein?

Durch die modulare Aufbauweise von OK.PWS haben wir mit den Standardfachanwendungen Verwaltung, Abrechnung, Fehlzeiten, Meldungen und Auskunft begonnen. Die Einführung des Moduls Kosten haben wir in Kürze vorgesehen.

Waren Sie mit dem Projektablauf und der Betreuung durch die AKDB zufrieden?

Mit dem AKDB-Team um Herrn Blinzler und Herrn Obenhofer fand eine reibungslose und zeitgenaue Umsetzung zur Einführung des neuen Entgeltabrechnungssystems statt. Mit der persönlichen Anwesenheit der beiden AKDB-Betreuer, sowohl auf Schulungsebene als auch in

Belegschaft vor dem Gebäude der Stadtwerke

Stadtwerke Wolfenbüttel GmbH – ein Partner, der Gesicht zeigt

Die Stadtwerke Wolfenbüttel sind ein modernes Versorgungsunternehmen mit einer langen Tradition: Seit 1861 stellen sie die Versorgung der Wolfenbütteler mit hoher Qualität und Zuverlässigkeit sicher und müssen dafür ständig neue Wege beschreiten. Die Versorgungsdienstleistungen sind ein wesentlicher Beitrag zur Lebensqualität. Damit übernehmen die Stadtwerke Verantwortung für das Wohl der Bürger und sind ein Partner, dem die Kunden vertrauen können. Das ist mehr als nur eine Versorgungsaufgabe.

der direkten Betreuung bei der Datenimplementierung, haben alle Beteiligten quasi perfekt zusammengespielt. Nette Randnotiz: Unsere Mitarbeiter haben die Umstellung auf das neue Abrechnungssystem nur bemerkt, weil nun zweiseitig auf Umweltpapier ausgedruckt wurde. So reibungslos verlief alles.

Zum Abschluss noch ein kurzer Ausblick auf den diesjährigen Jahreswechsel: Was wird er für Sie und Ihre Mitarbeiter bringen?

Wir führen Entgeltabrechnungen sowohl für die Stadtwerke Wolfenbüttel als auch für die per Betriebsführungsvertrag zu betreuenden Unternehmen Stadtbetriebe Wolfenbüttel und Abwasserbeseitigungsbetrieb Stadt Wolfenbüttel durch. Neben der Parkraumbewirtschaftung in Wolfenbüttel unterhalten die Stadtbetriebe Wolfenbüttel das neu erbaute Stadtbad Okeraue. Zum Jahreswechsel 2015/16 werden wir das Zeitwirtschaftssystem für diesen Betrieb vollumfänglich einrichten. Von der Schichtplangestaltung über den Genehmigungsworkflow / Urlaub bis hin zur Ermittlung der Zeitzuschläge mit Implementierung der Werte in das Entgeltabrechnungssystem. ■

Komplexe Aufgaben

Personalabteilung der Stadtwerke

Die Abteilung Personalwesen der Stadtwerke Wolfenbüttel hat ein umfangreiches Aufgabengebiet und bewegt sich Tag für Tag in einem komplexen Aufgabenfeld. Das Team um Jürgen Friese kümmert sich neben der Entgeltabrechnung auch um Personalbeschaffung und -entwicklung und ist jederzeit Anlaufpunkt für die 191 Mitarbeiter der Stadtwerke, des Abwasserbeseitigungsbetriebes Stadt Wolfenbüttel und der Stadtbetriebe Wolfenbüttel. Eine wichtige Aufgabe der Personalabteilung ist zudem die Betreuung der Auszubildenden. Selbstverständlich spiegelt auch die Personalpolitik gesellschaftliche, technische und wirtschaftliche Prozesse und Umbrüche wider. Faktoren, wie etwa die demografische Entwicklung und arbeitsrechtliche sowie tarifliche Vorgaben, stellen die Mitarbeiter des Personalwesens vor immer neue Herausforderungen. Damit die Arbeitnehmer auch stets über alle wichtigen Informationen zu den einzelnen Aufgabengebieten verfügen, organisiert das Personalwesen auch Aus- sowie Fortbildungen. ■

Personalwesen: Dennis Hinz, Jürgen Friese, Nelson Mokwena *(im Bild von links nach rechts).*

Münchberg modernisiert

Stadtverwaltung führt zahlreiche IT-Fachverfahren der AKDB ein

Vor dem Münchberger Rathaus bei der Übergabe der Vertragsunterlagen: AKDB-Vertriebsberater Marc Lederer, Marco Ordnung *(IT-Verantwortlicher)*, Christian Zuber *(Erster Bürgermeister)* und Tanja Bauer *(Geschäftsleiterin; alle Stadt Münchberg), (von links nach rechts).*

Münchberg ist mit über 10.000 Einwohnern die größte kreisangehörige Stadt im oberfränkischen Landkreis Hof und als Textilstadt bekannt. Münchberg gilt als Tor zum Fichtelgebirge und wurde bereits 1298 urkundlich als Stadt erwähnt. Neben aller Historie steckt in dem Städtchen auch viel Innovationskraft. So verfügt Münchberg über eine hochmoderne städtische EDV mit zahlreichen neuen Fachverfahren, die im Auftrag der kommunalen IT-Verantwortlichen von der AKDB eingeführt wurden.

Seit längerer Zeit arbeitet die Verwaltung der Stadt Münchberg erfolgreich mit dem Standard-Fachverfahren AutiSta für das Standesamt sowie mit dem Sitzungsdienstverfahren SESSION und wird dabei von der AKDB und deren Tochter LivingData betreut.

In der Sitzung vom 23. April 2015 folgte nun der Münchberger Stadtrat dem Vorschlag der Verwaltung und beschloss, die gesamte städtische Softwarelandschaft grundlegend zu modernisieren. Die entsprechenden Verträge mit der AKDB sind inzwischen unterzeichnet.

Konkret werden in Zukunft zahlreiche Produkte in Bereichen eingesetzt, die für eine bürgernahe Verwaltung von zentraler Bedeutung sind und die bislang über einen anderen Anbieter abgewickelt wurden. Unter anderem handelt es sich um:

- die Meldeamtssoftware OK.EWO inklusive elektronischer Einwohnerakte und Nutzung von Signaturtabletts
- OK.GEWERBE, das Gewerbeamtsverfahren der neuen Produktgeneration SYNERGO® aus dem zertifizierten Rechenzentrum der AKDB
- die Finanzsoftware OK.FIS inklusive Kassenarchiv und elektronischer Abgabenakte
- das Personalwirtschaftsverfahren OK.PWS / PERS inklusive elektronischer Personalakte
- das Bürgerservice-Portal der AKDB mit Fachdiensten im Einwohner- und Standesamtswesen
- die Cloudspeicher-Lösung KommSafe sowie zahlreiche weitere Verfahren

Das gemeinsame Projekt begann mit Einführung der Software OK.EWO und des Bürgerservice-Portals im September 2015.

Münchberg hat sich aufgrund des breitgefächerten Gesamtlösungskonzepts durch alle kommunalen Ebenen hinweg für die Zusammenarbeit mit der AKDB entschieden. Die Stadt ist von der durchgängigen eAkten-Strategie und den modernen und bürgerfreundlichen eGovernment-Lösungen mit dem Bürgerservice-Portal an der Spitze überzeugt. Darüber hinaus freuen sich die Münchberger, mit der AKDB als Teil der kommunalen Familie einen starken, innovativen und zuverlässigen Partner an ihrer Seite zu wissen. ■

Verbrauchswerte online

Die Stadtwerke Burglengenfeld verbessern mit Unterstützung der AKDB ihren Bürgerservice

Die Premiere ist geglückt: Rund 30 Prozent der Kunden nutzten auf Anhieb den neuen Service der Stadtwerke und teilten den Stand ihres Wasserzählers zum Jahresende 2014 via Internet mit. „Es hat gut funktioniert", so das Fazit des Stadtwerke-Vorstands Friedrich Gluth. Mit dem neuen Angebot habe man bei den Verbrauchern einen Nerv getroffen.

„Wir wollten unseren Kunden das Ablesen der Zähler und die Mitteilung an uns so einfach wie möglich machen", erklärt Gluth. Mitte Dezember 2014 wurden wie üblich Wasserablesekarten an alle Haushalte verschickt. Neu war die Option, die Standmitteilung online anzugeben. „Nur mit der Mitteilung des aktuellen Zählerstands bis zum 31. Dezember eines jeden Jahres ist es uns möglich, eine dem tatsächlichen Wasserverbrauch entsprechende Abrechnung vorzunehmen", erläutert Gluth. Erfolgt die Mitteilung zu spät, kann der Wasserverbrauch für die Jahresabrechnung nur geschätzt werden.

Daher wurde der neue Service zusätzlich zum etablierten Postversand auf der Internetseite www.stadtwerke-burglengenfeld.de eingestellt. „Mit einem Klick landeten die Daten dann bei uns", erläutern Stefan Graf und Helene Meier, die den neuen Service in Zusammenarbeit mit der AKDB bei den Stadtwerken etabliert haben.

Der Online-Service war „ein alternatives Angebot für die Bürgerinnen und Bürger", so Gluth. Dieser Service wird beibehalten, weitere Verbesserungsmöglichkeiten werden geprüft. Der Stadtwerke-Vorstand dankte Stefan Graf und Helene Meier, die den neuen Service „mit großem Engagement in äußerst kurzer Zeit möglich gemacht haben".

Der neue Service kommt bei den Burglengenfeldern gut an. Die technische Umsetzung erfolgte im November 2014 durch das Bürgerservice-Portal der AKDB und den entsprechenden Fachdienst Wasserzählerstandsmeldung für die Jahresabrechnung. Dieser ist nun auch für die Verbrauchsjahresabrechnung gültig. Außerdem nutzt die Verwaltung der Oberpfälzer Stadt seit Beginn dieses Jahres in der AKDB-Finanzsoftware OK.FIS die Wasserzähler-App für den Austausch und die Erneuerung abgelaufener Wasserzähler.

„Die Einführung der Online-Erfassung hat sich für uns gelohnt. Bei der Abwicklung gab es keinerlei Probleme und aus der Bevölkerung viel positives Feedback. Insgesamt sind wir sehr zufrieden."

Friedrich Gluth, Stadtwerke-Vorstand

Referatsmitarbeiterin Helene Meier hatte beide Lösungen auf einer OK.FIS-Informationsveranstaltung der AKDB kennengelernt und diese anschließend gleich für den Einsatz vorgeschlagen. Dies zeigt einmal mehr: Der Weg zu mehr Bürgerservice kann sehr kurz sein ... ■

Siegfried Arbinger (AKDB-Vertriebsberater), Friedrich Gluth (Burglengenfelds Stadtwerke-Vorstand) sowie seine Mitarbeiter Helene Meier (Referat B, Verbrauchsgebühren, Friedhofs- und Bestattungswesen) und Stefan Graf (Leiter Referat B, Beiträge und Gebühren) *(von links)*.

„Empfehlen wir gerne weiter“

Interview in der Finanzverwaltung Traunreut zur Inventur-App der AKDB

Auch in der Finanzverwaltung der oberbayerischen Stadt Traunreut haben nun alle Mitarbeiter die bequeme Möglichkeit, mit der Inventur-App der AKDB Inventurdaten aufs Tablet zu laden. Die Redaktion des AKDB-Reports hat zu diesem Thema mit Iris Stroh gesprochen, in der Traunreuter Kämmerei verantwortlich für die Anlagenbuchhaltung.

Frau Stroh, seit 2007 inventarisiert die Stadt Traunreut ihr Anlagevermögen. Warum?

Den Impuls gab seinerzeit ein Beschluss des Stadtrates, mit dem der Einstieg in das Neue Kommunale Rechnungswesen in Angriff genommen werden sollte. Damit verbunden ist der Wechsel des Buchhaltungsstils von der Kameralistik zur Doppik.

Und in der Folge die Erstellung einer Eröffnungsbilanz ...

So hätte es sein sollen. Um die Eröffnungsbilanz erstellen zu können, ist es erforderlich, sämtliche Anlagen, sprich das gesamte Vermögen der Stadt, zu erfassen. Allerdings hat der Stadtrat 2010 den Umstieg in die Doppik bis auf Weiteres verschoben. Die Ersterfassung des gesamten Anlagevermögens, sowohl unbeweglich als auch beweglich, war bis dahin schon erledigt.

Das war damals eine Herkulesaufgabe.

Von 2007 bis 2009 erfasste und bewertete meine Kollegin Gisela Drechsler das gesamte Vermögen der Stadt. Seitdem wurde das Inventar nur noch fortgeschrieben, die Abgänge und Zugänge wurden regelmäßig erfasst.

Bis 2011 haben Sie diese Arbeit außerhalb einer Anlagenbuchhaltungssoftware geleistet?

Ja. 2011 erfolgte der Datenimport unter Berücksichtigung der oben beschriebenen Fortschreibungen in unsere Anlagenbuchhaltungslösung (die damalige Vermögensbuchhaltung von der AKDB). Damit war der Datenbestand der Anlagenbuchhaltung erstmals initial aufgebaut.

Und seitdem haben Sie regelmäßig Folgeinventuren durchgeführt?

Nein. Die ersten Folgeinventuren auf klassische Art erfolgten 2014. Wir sind mit Hilfe der ehemaligen Offline-Inventur den Anlagenbestand am Laptop durchgegangen. Es war einfacher als mit seitenweise Papierlisten, aber immer noch nicht optimal.

Besser wurde es für Sie dann im August 2014?

Genau! Die AKDB hat uns angesprochen, ob wir nicht als Pilotkunde für die Inventur-App fungieren möchten. Damit ging das Ganze schon einfacher und schneller.

Von selbst läuft aber doch auch noch nichts, oder?

Nein, eine Folgeinventur wird nie ein Selbstläufer sein. Bei der Ersterfassung wurden alle Anlagegüter mit einem Barcode versehen. Bei der Folgeinventur müssen wir nun nur noch die vorgefundenen

Barcodes mittels eines Handscanners ablesen. Die Inventur-App zeigt dann direkt Differenzen an.

Zum Schluss müssen Sie die Änderungen nur noch in Ihrer Anlagenbuchhaltung eintragen?

Nein, die Daten werden in einem Zwischenschritt in das neue Offline-Inventur-Modul geladen und können dort nochmals überprüft und ausgewertet werden. Anschließend werden die Daten in die Anlagenbuchhaltung zurückgespielt und die Abgänge und Änderungen dort direkt verbucht.

Wie groß war eigentlich der Schulungsaufwand für die Inventur-App?

Als Pilotkunden war unser Motto Learning by Doing. Dabei hat uns die AKDB-Entwicklungsabteilung sehr gut unterstützt, vor allem bei der erstmaligen Datenübernahme aufs Tablet. Insgesamt kann man feststellen, dass die Bedienung der App intuitiv erlernbar ist.

Für die Nutzung der App ist ein Lizenzvertrag mit der AKDB zu schließen. Wie sehen Sie dabei das Kosten-Nutzen-Verhältnis?

Bei einer mindestens 30-prozentigen Zeitersparnis lohnt sich die Inventur-App auf jeden Fall. Am meisten kostet schließlich ein Mitarbeiter, der mit Routinearbeiten von qualifizierterer Arbeit abgehalten wird.

Sie und Ihre Kollegin sind mit der Inventur-App also sehr zufrieden?

Ja, wir empfehlen sie gerne weiter, denn das Durchführen der Folgeinventuren ist mit der App eine wirkliche Verbesserung! ■

„Durch eine mindestens 30-prozentige Zeitersparnis lohnt sich die Inventur-App auf jeden Fall."

Iris Stroh, Verantwortliche für die Anlagenbuchhaltung in der Traunreuter Kämmerei

Einführung des Bundesmeldegesetzes

Effiziente Unterstützung der Meldebehörden dank medienbruchfreier Prozesse

Am 1. November 2015 ist das neue Bundesmeldegesetz (BMG) in Kraft getreten, dessen Neuerungen von der AKDB in OK.EWO, BayBIS, ZEMA und der Bürgerauskunft erfolgreich realisiert wurden. Dieser Beitrag bietet einen Projektrückblick, erste Erfahrungen über die Anwendung in den Meldebehörden sowie einen kurzen Ausblick auf 2016.

Die AKDB hat über weitreichende Auswirkungen des BMG auf OK.EWO und auf die Arbeiten in den Meldebehörden berichtet. Bereits im Juli wurden mit der Schulungsversion OK.EWO V8.40 wesentliche Neuerungen realisiert, obwohl eine Reihe gesetzlicher Änderungen noch nicht abschließend verabschiedet waren. Kunden der AKDB hatten die Möglichkeit, sich zu einem frühen Zeitpunkt damit vertraut zu machen. Die Präsenzschulungen wurden von über 1.100 Teilnehmern besucht. Zusätzlich stellte die AKDB eine eLearning-Sequenz zur Verfügung, die die Umsetzung weiterer gesetzlicher Neuerungen in OK.EWO erläuterte.

Eine Reihe neuer Regelungen aus dem BMG verändern die Arbeitsabläufe für die Sachbearbeiter in den Meldebehörden. Zu diesen Arbeitsabläufen zählt die wieder eingeführte Mitwirkung des Wohnungsgebers bei Ein- und Auszügen, was Scheinanmeldungen verhindern soll. Bei Um- bzw. Zuzügen muss die Meldebehörde Daten des Wohnungsgebers erfassen sowie prüfen, ob die Bestätigung des Wohnungsgebers vorliegt. Die Bearbeitung eines Um- bzw. Zuzuges ist deshalb zeitaufwendiger als bisher. Zusätzliche Aufwände entstehen in den Meldebehörden zum Beispiel auch durch die neue unstrukturierte Namensschreibweise. Werden bei der bisherigen strukturierten Schreibweise Namen und Namensbestandteile wie „Freiherr von" in getrennten Feldern erfasst, erfolgt nun in einem weiteren Schritt die unstrukturierte Schreibweise mit der Erfassung in einem Feld unbegrenzter Länge.

Vorteile für Meldebehörden

Bei der Umsetzung neuer Geschäftsprozesse aus dem BMG verfolgt die AKDB das Ziel, ihre Kunden durch weitere Lösungsangebote umfassend elektronisch zu unterstützen. Daher bietet die AKDB auch einen neuen Bürgerdienst im Bürgerservice-Portal an, mit der Möglichkeit, die Bestätigung eines Ein- oder Auszugs durch den Wohnungsgeber elektronisch zu übermitteln. Die Bestätigung geht an den Nachrichtenkorb von OK.EWO. Kommen Bürger zur Meldebehörde, um sich anzumelden, kann der Sachbearbeiter bei der Bearbeitung des Zuzugs in OK.EWO auf die elektronische Bestätigung des Wohnungsgebers zurückgreifen. Als nächstes wird die AKDB ab dem ersten Quartal 2016 auch juristischen Personen wie Wohnungsbaugesellschaften die elektronische Bestätigung eines Ein- oder Auszugs ermöglichen. Diese medienbruchfreie Lösung trägt zu einer wirkungsvollen Unterstützung der Meldebehörden bei.

2016 gilt es darüber hinaus, weitere Änderungen des BMG und seiner flankierenden Ausführungsbestimmungen und Verordnungen umzusetzen. Dazu zählt insbesondere die unter dem Stichwort „Präqualifizierung" bekannte bundesweite Behördenauskunft. Neue Bestimmungen ergeben sich für die Sachbearbeiter in OK.EWO aus der Umsetzung des Datenaustauschverbesserungs-Gesetzes zur elektronischen Unterstützung der Prozesse im Asylverfahren. In Abhängigkeit von der Verabschiedung neuer gesetzlicher Regelungen wird die AKDB ihren Kunden die Anpassungen in OK.EWO frühzeitig zur Verfügung stellen. ■

„Chancen moderner IT in den Gemeinden nutzen“

Interview mit dem neuen Geschäftsführer des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Franz Dirnberger

Der Bayerische Gemeindetag als Interessenvertreter der über 2.000 kreisangehörigen Gemeinden, Märkte und Städte im Freistaat hat seit 1. November 2015 einen neuen Geschäftsführer. Dr. Franz Dirnberger folgt als Geschäftsführendes Präsidialmitglied dem zum 31. Oktober ausgeschiedenen Dr. Jürgen Busse (siehe dazu den Bericht auf Seite 6). Wir sprechen mit Dr. Dirnberger über seine neuen Funktionen in den AKDB-Gremien, die er gleichzeitig übernommen hat.

Herr Dr. Dirnberger, was verbinden Sie mit Ihren neuen Ämtern in der AKDB?

Dr. Dirnberger: Mit meiner Benennung zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetages zum 1. November 2015 wurde ich Mitglied im Verwaltungsrat der AKDB. Gleichzeitig bin ich vom Bayerischen Gemeindetag in die Hauptversammlung der AKDB entsandt worden. Ich freue mich, dass mich der Verwaltungsrat sofort zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt hat. Da ich bereits in den letzten beiden Jahren Vertreter in beiden Gremien war, weiß ich, dass diese Ämter große Verantwortung erfordern. Aus meiner langjährigen Tätigkeit im Bayerischen Gemeindetag kenne ich natürlich die aktuellen Themen und Herausforderungen. Daher kann ich meine neuen Aufgaben unmittelbar angehen und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen in den Gremien sowie mit der AKDB.

Wie sehen Sie die Rolle der AKDB in der kommunalen Landschaft?

Dr. Dirnberger: Die sich aus der Digitalisierung der Gesellschaft ergebenden Herausforderungen sind für die Kommunen von zunehmender Bedeutung. Wenn es darum geht, die Gemeinden in dieser Hinsicht auf die Zukunft vorzubereiten und die kommunale Selbstverwaltung weiter zu stärken, übernimmt die AKDB eine zentrale Rolle. In die strategischen Weichenstellungen werden die Gemeinden dabei eng eingebunden, beispielsweise beim Ausbau der eGovernment-Infrastrukturen in Bayern. Die AKDB in der Trägerschaft der vier Bayerischen Kommunalen Spitzenverbände kann dazu entscheidende Beiträge leisten, indem sie Anforderungen erkennt, Lösungen aufzeigt und anschließend auch umsetzt.

„Die sich aus der Digitalisierung der Gesellschaft ergebenden Herausforderungen sind für die Kommunen von zunehmender Bedeutung.“

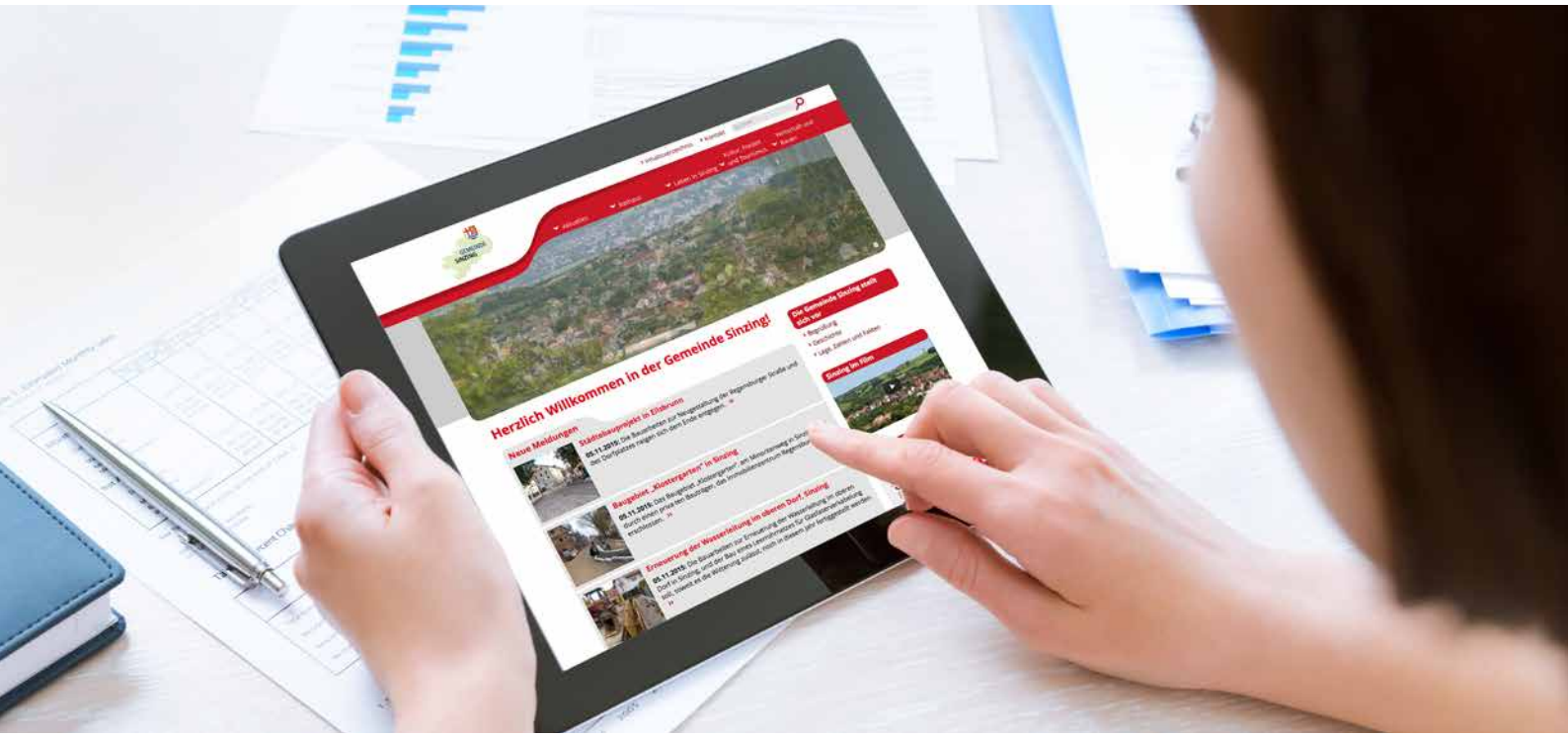
Welche Impulse wollen Sie in den Gremien der AKDB zukünftig setzen?

Dr. Dirnberger: Ich möchte mich besonders dafür einsetzen, die Angebote der AKDB für Gemeinden weiter auszubauen und fortzuentwickeln. Mir liegt viel daran, Möglichkeiten und Chancen der modernen IT noch deutlich stärker für Gemeinden zur Wirkung zu bringen. Dass die AKDB als kommunale Selbsthilfeeinrichtung dabei sowohl in Bayern als auch in den anderen Bundesländern mit großem Erfolg agiert, haben die vergangenen Jahre eindrucksvoll gezeigt. Ich freue mich darauf, dass wir auch in Zukunft diesen Weg gemeinsam und erfolgreich fortsetzen. ■

Dr. Franz Dirnberger, neues Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetages, freut sich auch auf seine neuen Aufgaben in Verwaltungsrat und Hauptversammlung der AKDB.

Mehr Service, mehr Information, mehr Bürgernähe

Gemeinde Sinzing relauncht Internetauftritt



Seit März 2015 ist die Gemeinde Sinzing im Oberpfälzer Landkreis Regensburg mit neuen Funktionen und einer modernen Aufmachung online erreichbar. In erster Linie sucht die Gemeinde mit der digitalen Informationsplattform den direkten Kontakt zu seinen Bürgern: sinzing.de ist die neue Informationsplattform für Bürger der Stadtrandgemeinde von Regensburg.

Mit modernem Design, das sich auch auf mobilen Geräten wie Smartphones oder Tablets einfach bedienen lässt, soll die Neuauflage der Website mehr Bürgernähe bieten. Ansprechende Panorama-Fotografien vermitteln einen lebendigen Eindruck von der Attraktivität des Ortes. Auf der Nachrichtenstartseite kann Sinzings Bürgermeister Patrick Grossmann die Bürger tagesaktuell und umfassend informieren. Umgesetzt hat den Relaunch die bayerische Softwareschmiede LivingData GmbH – eine 100-prozentige Tochter der AKDB.

Moderne Behördenkommunikation mit komXcms

Mit dem neu entwickelten Content Management System komXcms können jetzt alle Gemeinden und Zweckverbände im kommunalen Behördennetz des Landkreises Regensburg ihre Internetpräsenzen erneuern und eigenständig administrieren. Der Oberpfälzer Landkreis hat dafür von der LivingData eine Landkreislizenz erworben, die allen Landkreisgemeinden die Chance gibt, von Synergieeffekten wie Kostenersparnis, Informationsgewinn und Content Sharing zu profitieren. Das neue CMS-System komXcms umfasst neben barrierefreien Templates eine große Auswahl an Funktionen und Tools für die

„komXcms ist ein einfach zu bedienendes Content Management System, das nach der Einrichtung eine schnelle und einfache Aktualisierung ohne große Vorkenntnisse erlaubt."

Michael Schaller, EDV-Beauftragter und Webmaster von sinzing.de

moderne Behördenkommunikation. Es ermöglicht nun zum Beispiel das gemeinsame Content Sharing innerhalb der Landkreis-Instanz oder auch die Anbindung der Web-Analyse-Software komXstatistik – mit der die Nutzerfreundlichkeit der Internetauftritte fortlaufend verbessert und die Inhalte optimiert werden können.

Web-Analyse datenschutzkonform

Bei der Auswahl der passenden Web-Analyse-Software kommt es für öffentliche Verwaltungen vor allem darauf an, dass die Lösung datenschutzkonform ist. Das neue Web-Analyse-Tool komXstatistik stellt die Einhaltung der deutschen Datenschutzvorschriften für Verwaltungen sicher. „komXcms ist ein einfach zu bedienendes Content Management System, das nach der Einrichtung eine schnelle und einfache Aktualisierung erlaubt, ohne große Vorkenntnisse", begründet Michael Schaller, EDV-Beauftragter und Webmaster von sinzing.de, seine Entscheidung für das CMS der LivingData. Der Einsatz sei einfach und intuitiv, so der EDV-Verantwortliche.

Auch zeitlich habe alles gepasst: Der Relaunch des kompletten Internetauftrittes der Gemeinde Sinzing war in etwas mehr als zwei Monaten abgeschlossen. Der übersichtliche Aufbau der Software erlaubt es auch ungeübten Gemeindemitarbeitern, selbstständig Artikel in die Webseite einzufügen. Für die Sinzinger Verantwortlichen einer der Hauptgründe für komXcms.

Das neue Medien-Tool optimiert Bilder für das Web

Besonders hat es Schaller die gut konzipierte Mediendatenbank von komXcms angetan, mithilfe derer Bilder, Multimedia-Elemente und Dateien übersichtlich in den Ordnern des Medienbereiches verwaltet und leicht in die Webseiten integriert werden können. Die vorbereitenden Arbeiten für die Präsentation von Bildern im Web sind bisher recht aufwendig, müssen die Fotos doch manuell mit Zusatzsoftware auf die gewünschten Größen umgerechnet werden. komXcms erledigt diese Arbeiten automatisch nach spezifischen Vorgaben. Die hochgeladenen Bilder werden direkt im Medien-Tool automatisch weboptimiert ausgegeben. Auch Ungeübte sind in der Lage, individuelle Bildausschnitte einfach festzulegen.

Die Terminverwaltung ermöglicht es, Termine vorzuplanen und zeitlich begrenzt auf der Website anzuzeigen. Die Einbindung von Google-Maps-Kartenausschnitten erleichtert es den Administratoren der Seite nun erheblich, Anfahrtsbeschreibungen zu Ämtern, Festivitäten oder touristischen Attraktionen zu hinterlegen.

Auch Bürgermeister Patrick Grossmann ist zufrieden: „Die Website unserer Verwaltung ist längst zum unverzichtbaren Informationskanal geworden. Mit dem Internet informieren wir unsere Bürger, werben für unsere Region als Investitionsstandort und Tourismusziel und stellen gleichzeitig Online-Dienste bereit", so Grossmann. Sinzing bietet seinen Bürgern unter der Rubrik „Rathaus" neben Informationen zu Ämtern und zuständigen Mitarbeitern auch zahlreiche Formulare und Merkblätter an. Mit dem Veranstaltungskalender können sich Ortsansässige und Touristen über das umfangreiche Kultur- und Freizeitangebot einen guten Überblick verschaffen.

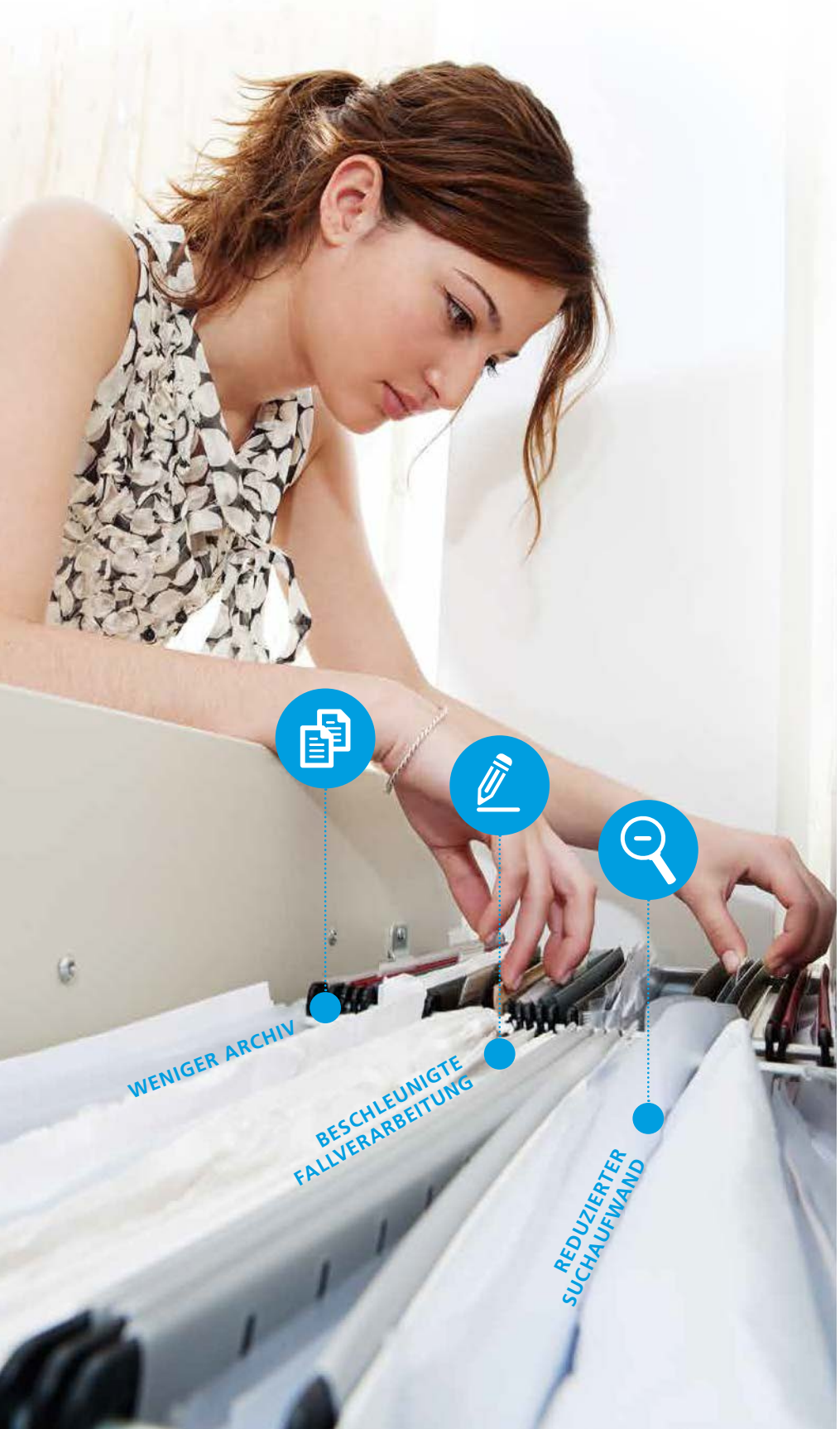
Websites mit wenigen Mausklicks administrieren

Verwaltungen, die mit einem kleinen Budget einen umfangreichen Internetauftritt im responsiven Webdesign realisieren möchten, sind mit komXcms bestens beraten. Das Programm überzeugt Kunden durch seinen großen Funktionsumfang, einfache Bedienung und die übersichtliche Darstellung aller Seiteninhalte. Inzwischen sind zwei weitere im Landkreis Regensburg gelegene Kommunen dem Beispiel Sinzings gefolgt und zum Kundenkreis hinzugekommen: die Stadt Neutraubling und die Marktgemeinde Lappersdorf. ■

Bürgermeister Patrick Grossmann, Michael Schaller (beide Gemeinde Sinzing), mit Alexander Brückner (LivingData GmbH) *(von rechts nach links)*

Elektronische Aktenlösung: Praxis ist besser als Theorie

Immer mehr Kommunen sparen Ressourcen mit eAkten



eAkten machen Verwaltungen moderner. Zahlreiche Informationen werden immer noch in Papierakten geführt. Die elektronische Führung dieser Fallakten beschleunigt nicht nur die Prozesse und macht Papierarchive überflüssig, sondern reduziert den Suchaufwand und führt zu höherer Transparenz. Best Practices rund um dieses Thema sind mittlerweile bei vielen anerkannten, aber auch bei selbsternannten Spezialisten zu finden.

Aus Presseberichten und auf entsprechenden Fachforen erhalten Kommunen immer wieder Informationen über Konzepte, Strategien und Einführungsmodelle. Private Projektberater verkomplizieren häufig den Umgang mit elektronischen Aktenlösungen; sie haben naturgemäß kein Interesse daran, bei Kommunen einfache Lösungen zu implementieren, macht dies doch die eigene Beratungsleistung womöglich überflüssig.

Die AKDB geht im Dialog mit den Anwendern ihrer Fachverfahren einen ganz anderen Weg und erkundigt sich, auf welche Weise der Einsatz von eAkten innerhalb des Verwaltungshandelns konkreten Mehrwert bringen wird.

Die AKDB macht aus elektronischen Akten kein kompliziertes Projekt, sondern bietet Kommunen praxisnahe fertige Lösungen.

eAkten sind bei der AKDB in die Fachverfahren integriert

Aus diesem Grund hat die AKDB die eAkte als Modul in die Fachverfahren integriert. Bei diesem Ansatz soll eben kein weiteres System über interne Prozesse gestülpt und damit womöglich der Aufwand erhöht sowie Barrieren errichtet werden. Integration der eAkten in die Fachverfahren bedeutet: Jeder Sachbearbeiter arbeitet in der für ihn vertrauten Umgebung und kann grundsätzlich auf alle relevanten Unterlagen wie Planunterlagen, Schriftverkehr, Rechnungen oder Sitzungsunterlagen zugreifen. Die Arbeitsprozesse, und nicht ein starres DMS, bestimmen die Ablage. Damit erreicht die AKDB, dass auch eine schrittweise Einführung machbar ist.

Empfohlener Beginn in standardisierten Bereichen

Der Start mit eAkten innerhalb einer Verwaltung sollte in einem Bereich erfolgen, der sich durch viele Standardprozesse auszeichnet. Voraussetzung ist auch eine gewisse Affinität der Mitarbeiter für die elektronische Sachbearbeitung. Das schafft positive Referenzen für die Digitalisierung. Diese Vorgehensweise empfiehlt übrigens nicht nur der Bayerische Landkreistag mit seinem „Leitfaden zur Einführung und zum Einsatz von DMS“, sondern entspricht auch der Erfahrung, die die AKDB bei über 1.100 eingesetzten eAkten gemacht hat.

Das Einsatzfeld umfasst neben den klassischen Bereichen wie Personalwesen oder Finanzverwaltung auch alle Verwaltungsbereiche, in denen grundsätzlich dieselben Anforderungen wie Rechtssicherheit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit gelten. Inzwischen stehen über 15 elektronische Akten zur Verfügung, die täglich bei vielen Kommunen genutzt werden.

Fazit: Die in die Fachverfahren integrierten eAkten der AKDB schaffen einen reibungslosen Einstieg in die papierlose Sachbearbeitung. Unabhängig davon, mit welchen eAkten begonnen wird: Kommunen setzen immer auf eine investitionssichere und voll integrierbare Lösung. Die eAkte ist kein unüberschaubares Projekt, sondern eine gewinnbringende Ergänzung innerhalb des Arbeitsalltages und wird im Dialog mit den Kunden ständig um neue Workflows erweitert. ■

„Elektronische Aktenlösungen zeichnen sich durch einfache Bedienbarkeit und großen Nutzen aus und haben deshalb in der Regensburger Stadtverwaltung eine hohe Akzeptanz.“

Andreas Dirigl, Fachadministrator, zentraler Verwaltungsservice bei der Stadt Regensburg, neben Maria Birner, AKDB-Geschäftsfeld Personalwirtschaft

„Ich bin begeistert, weil diese Lösungen einfach aufgebaut sind und sich alle Mitarbeiter darin schnell zurechtfinden. Ich kann auf Papier weitgehend verzichten.“

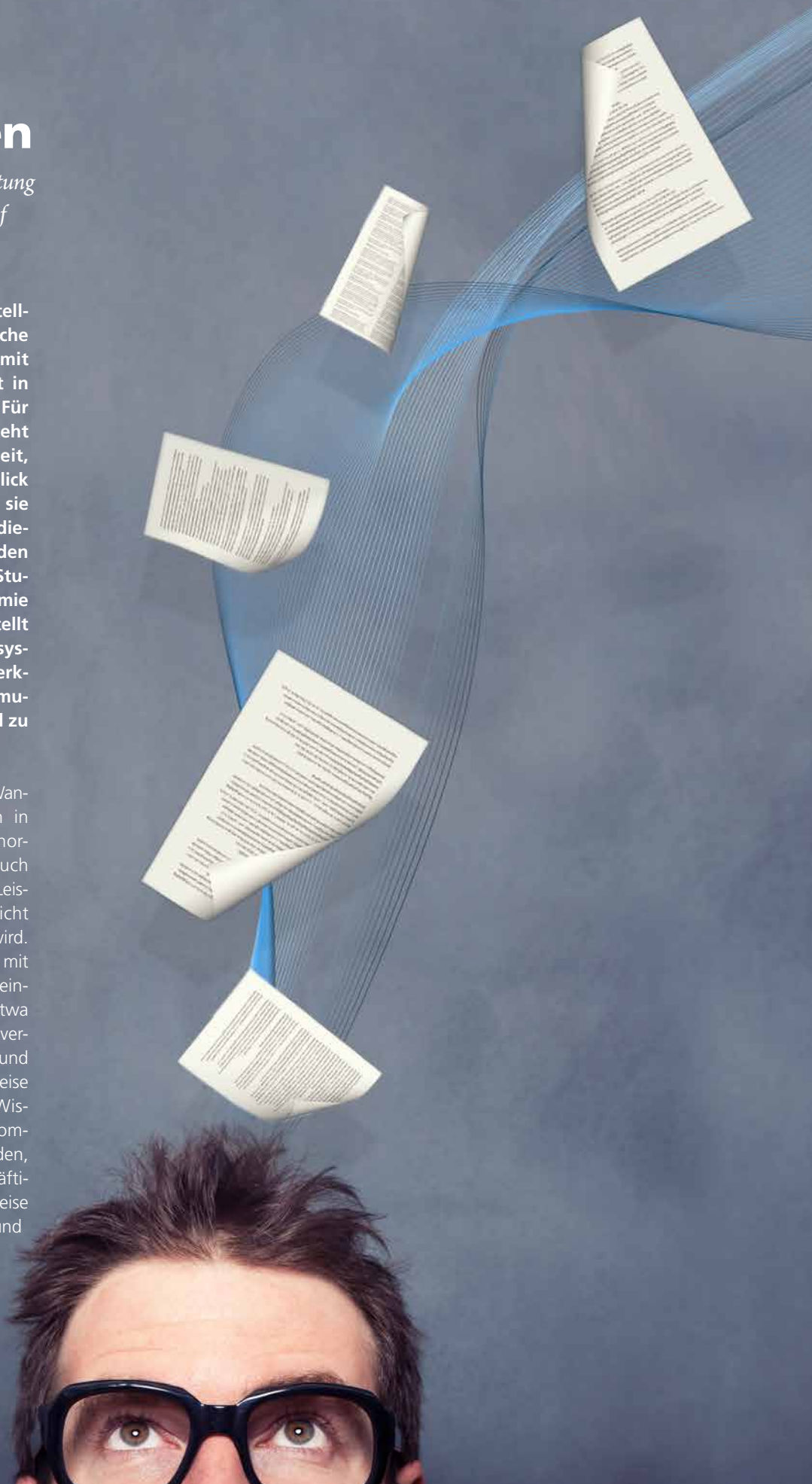
Gabriele Wagner, EDV-Verantwortliche bei der Verwaltungsgemeinschaft Erftal im unterfränkischen Landkreis Miltenberg

„Nach dem ersten Jahr mit der elektronischen Akte ist sie aus unserer täglichen Arbeit nicht mehr wegzudenken. Wieder mit Papierakten zu arbeiten – für uns unvorstellbar.“

Peter Graf vom Landratsamt Amberg-Sulzbach, Christian Scheibl (r. im Bild) Stadt Amberg, Verantwortliche für OK.SOZIUS-SGB XII in ihren jeweiligen Sozialhilfeverwaltungen. In der Mitte Ilse Eberl von der AKDB.

Wissen organisieren in Kommunen

Aktuelle Studie der Innovationsstiftung zeigt konkrete Anwendungsfälle auf



Auf der diesjährigen Kommunale stellte die Innovationsstiftung Bayerische Kommune ihre aktuelle Studie mit dem Thema „Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung" vor. Für die bayerischen Kommunen besteht mit dieser Studie die Möglichkeit, sich einen praxisrelevanten Überblick darüber zu verschaffen, wo es für sie relevantes Wissen gibt und wie dieses gewinnbringend genutzt werden kann. Darüber hinaus bietet die Studie, die von der Bayerischen Akademie für Verwaltungs-Management erstellt wurde, ein praktisches Baukastensystem an Hilfsmitteln und Arbeitswerkzeug, um das Wissen in den Kommunen zu identifizieren, zu halten und zu organisieren.

Durch den demografischen Wandel verlieren Verwaltungen in den nächsten Jahren ein enormes allgemeines, aber auch spezifisches Wissenspotenzial, das die Leistungsfähigkeit der Kommunen in nicht unerheblichem Maße beeinflussen wird. Umso wichtiger ist es, sich frühzeitig mit dem Thema Wissensmanagement auseinanderzusetzen. Da das Wissen, das etwa in den Köpfen einzelner Mitarbeiter verankert ist, oft ungenutzt, nicht erfasst und nicht gesichert ist, geht es beispielsweise mit dem Ausscheiden langjähriger Wissensträger verloren. Dies gilt es zu kompensieren. Einige bayerische Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke beschäftigen sich bereits auf unterschiedliche Weise mit dem Thema Wissensmanagement und

wurden von der Bayerischen Akademie für Verwaltungs-Management im Rahmen der Studie dazu befragt. Auf der Grundlage des ermittelten Status quo und der zu erwartenden Entwicklung in näherer Zukunft wurden Handlungsempfehlungen beziehungsweise Bausteine und Maßnahmen mit konkreten Lösungsansätzen für Kommunen zusammengestellt.

Wie Wissensmanagement funktionieren kann:

Die Studie liefert Antworten auf Fragen nach dem Funktionieren von Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung allgemein, nach hilfreichen Ansätzen und praktikablen Methoden sowie nach vorhandenen Hemmnissen und Hinderungsgründen. Außerdem bringt sie Erkenntnisse zu verschiedenen konkreten Aspekten: Es werden unter anderem anhand praktischer Beispiele organisatorische Grundlagen zur Einführung von Wissensmanagement ermittelt. So stellt die Studie dar, dass Wissen auch in Strukturen und Prozessen der Organisation liegt. Als weiterer Aspekt werden die technisch-organisatorischen Voraussetzungen im kommunalen Umfeld benannt. Die Studie stellt dabei fest, dass es ausreichend Werkzeuge für Wissensmanagement gibt. Entscheidend ist laut der Autoren für Kommunen dabei aber vor allem, dass Verwaltungen digital werden. Nicht zuletzt wird die Bedeutung des Wissens von Personal und sogenannter Wissensarbeiter in den täglichen Arbeitsabläufen einer Verwaltung analysiert.

Je nach Größe der Verwaltungseinheit, gegebener Ausgangssituation, vorhandener Infrastruktur, zur Verfügung stehender Ressourcen und Zielsetzung werden unterschiedliche Lösungen beschrieben. So werden systematisch Möglichkeiten dargestellt, wie man mit organisatorischen, personellen und technischen Mitteln Wissen identifizieren, nutzen und fördern kann.

Wie kann Wissen noch besser auf die Zukunft vorbereiten?

Auch diese Frage ist von entscheidender Bedeutung in einem Verwaltungsalltag, in dem sich Organisationseinheiten zwei Herausforderungen ausgesetzt sehen: das verfügbare Wissen aus den Gremien, der Verwaltung intern und der Zivilgesellschaft möglichst effizient und effektiv zu nutzen sowie benötigtes, zum Teil externes Wissen in hervorragender Qualität zu finden und in die eigenen Strukturen zu implementieren. Deshalb ist es umso wichtiger, praktikable Lösungen offensiv anzugehen. Denn sicher ist: Öffentliche Verwaltungen wollen selbstverständlich schon heute das von ihnen zur Bewältigung ihrer Aufgaben benötigte Wissen bestmöglich gewinnen, aufbereiten, speichern und weitergeben. Der gut besuchte Vortrag zum Thema Wissensmanagement auf der Kommunale in Nürnberg und die große Nachfrage nach der Stiftungsstudie belegen das verbreitete Interesse und die Relevanz des Themas. ■

Weitere Informationen zur Innovationsstiftung Bayerische Kommune unter www.bay-innovationsstiftung.de. Hier können auch alle Projektergebnisse kostenfrei abgerufen werden.

Dr. Joachim Simen, hier bei einem Vortrag auf der Kommunale 2015, ist einer der Autoren der Stiftungsstudie „Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung".

„Virtualisierung spart Geld und schont die Umwelt“

Interview mit Udo Kremling (51)

1990 startete Diplom-Informatiker (FH) Udo Kremling seine Karriere bei der AKDB als COBOL-Programmierer auf einer HP3000. In diesem Vierteljahrhundert hat sich seitdem technisch sehr viel verändert. Ein Interview mit dem Leiter des Service-Rechenzentrums über Datensicherheit, Massendruck in Millionenauflage und Green-IT.

Udo Kremling

stammt aus dem Vogtland und ist im direkt benachbarten Oberfranken seit inzwischen 25 Jahren heimisch geworden. Der verheiratete Familienvater von zwei Söhnen leitet seit 2004 das AKDB-Service-Rechenzentrum.

Wie sieht der typische Tagesablauf für Sie aus?

In der täglichen Besprechung mit den Kollegen aus Produktionsvorbereitung, Operating und Systemgruppe bringen wir uns auf den aktuellen Stand der nächtlichen Produktionen und planen die Aufgaben. Der Tagesablauf ist dann unter anderem mit Projektarbeit und Besprechungen gut ausgefüllt. Manchmal sind auch abends und nachts Aktionen erforderlich, da das Rechenzentrum durchgängig im Drei-Schicht-Betrieb arbeitet.

Beschreiben Sie doch bitte mal die Hauptaufgaben im Rechenzentrum ...

Die Aufgaben sind vielseitig und spannend und reichen von der Systemadministration bis zur Kuvertierung von Bescheiden. Am wichtigsten ist der zuverlässige Rechnerbetrieb für Onlineverfahren am Tage und für Batchverarbeitungen in der Nacht. Aber auch das Druck- und Kuvertierzentrum arbeitet im Operating termingerecht, um den Kunden die Druckergebnisse pünktlich und in hoher Qualität zur Verfügung zu stellen oder den Bürgern direkt zuzusenden.

Sind kommunale Daten im AKDB-Rechenzentrum sicher?

Ja. Datenschutz und Datensicherheit haben in der AKDB höchste Priorität. Ein strenges Zutrittssystem sowie ausführliche Sicherheitspolicies für die Rechnernutzung und für jedes produzierte Fachverfahren sind bei uns seit vielen Jahren etabliert. Das Rechenzentrum ist seit 2013 BSI-zertifiziert. Jedes Jahr prüfen externe Auditoren aufs Neue, ob wir die strengen Richtlinien einhalten, bisher ohne Beanstandungen …

Das Produktionszentrum erstellt jährlich Millionen von Dokumenten. Ein ziemlich komplexer Prozess ...

Alle Arten von Bescheiden, zum Beispiel Steuerbescheide oder Gehaltsabrechnungen, summieren sich im Jahresdurchschnitt auf nahezu 70 Millionen Druckseiten. Ein beachtlicher Anteil davon geht dann in die Kuvertiermaschinen, fertig frankierte Briefe werden anschließend beim Postdienstleister eingeliefert. Die Bürger haben also ihren Bescheid schon am nächsten Tag im Briefkasten. Die zweite Druckstraße produziert Mahn- und Vollstreckungsbescheide für die bayerische Justiz. Dort drucken wir jährlich durchschnittlich über sieben Millionen Seiten und versenden über zwei Millionen Kuverts direkt. Bei Wahlen oder Bürgerentscheiden koppeln wir die Endlosdrucker zu einer kompletten Druck- und Schneidelinie, die vorne das unbedruckte Papier in Form einer riesigen Rolle – Kapazität für fast 50.000 Wahlbenachrichtigungskarten – zuführt und hinten die fertigen Karten versandfertig abstapelt. Eine wirklich beeindruckende Leistung. So haben wir bei den letzten Wahlen jeweils nahezu fünf Millionen Wahlbenachrichtigungskarten binnen kürzester Zeit produziert.

Der Gedanke von Green-IT wird immer wichtiger. Was tut die AKDB dafür?

Der Umweltgedanke hat auch im AKDB-Rechenzentrum hohen Stellenwert. Die Serverräume sind mittels Cold Section, das heißt Trennung in Kalt- und Warmgang, so optimiert, dass die gekühlte Luft nur dorthin strömt, wo die Rechner sie benötigen. Mittels Virtualisierung – also dem Betreiben vieler logischer Server auf einem physikalischen Gerät – sparen wir schon seit vielen Jahren sowohl im IBM-Großrechnerumfeld als auch in der Windows- und Linuxwelt viel Stellplatz, CO_2 und Strom.

Was machen Sie, wenn Sie das Rechenzentrum verlassen?

Um mich fitzuhalten, laufe ich gerne. Mittlerweile habe ich schon viele Marathonläufe absolviert, ich war erst bei den Herbst-Marathons in Berlin und Dresden am Start. Ansonsten unternehme ich viel mit der Familie, wir fahren am liebsten an die Nord- oder Ostsee. Wenn dann noch Zeit übrig bleibt, lese ich gerne mal ein Buch. ■

TERMIN VORMERKEN!
AKDB Kommunalforum, München, 18.10.2016

Lesen Sie im nächsten Report
unter anderem

… über die CeBIT 2016:
Vom 14. bis 18. März 2016 findet in Hannover wieder die weltgrößte IT-Messe CeBIT statt. Die schon jetzt kommunizierten großen Markttrends der Ausstellung sind gleichzeitig auch wichtige AKDB-Themen: sichere Rechenzentrumslösungen, mobile Anwendungen sowie Datenschutz und Datensicherheit.

… über den Kundendialog zu komXwork 3.0:
Die AKDB-Tochter LivingData GmbH setzt bei der Entwicklung der neuen Version ihres Dokumentenmanagement-Systems komXwork besonders auf den direkten Input ihrer Kunden. Einen Bericht über diese Workshops mit Stimmen beteiligter Kunden lesen Sie in der nächsten Report-Ausgabe.

… über Big Data:
Jeder redet davon, aber kaum einer kann belegen, welchen Nutzen Big Data stiftet. Ist es bloß eine viel zitierte Sprechblase oder macht es gar unser Leben besser? Mehr zu Anwendungsszenarien der Zukunft und zu möglichen Einsatzmöglichkeiten in der Verwaltung.

Impressum

AKDB REPORT | Magazin für Kommunen
28. Jahrgang, Heft 03|2015

Inhaber und Verleger
AKDB · Anstalt des öffentlichen Rechts
Hansastraße 12–16, 80686 München
Telefon: +49 89 59 03-0
E-Mail: presse@akdb.de
www.akdb.de

Herausgeber
Alexander Schroth
Geschäftsführender Direktor
Telefon: +49 89 59 03-18 24
E-Mail: alexander.schroth@akdb.de

Redaktion
Wolfram Weisse (verantwortlich)
Telefon: +49 89 59 03-15 16
E-Mail: wolfram.weisse@akdb.de

Andreas Huber
Telefon: +49 89 59 03-12 94
E-Mail: andreas.huber@akdb.de

Susanne Schuster
Telefon: +49 89 59 03-18 91
E-Mail: susanne.schuster@akdb.de

Konzept & Design
balleywasl.muenchen GmbH

Bezugspreis
Bei Einzelbezug 7,50 EUR.
Für Kunden der AKDB ist der Bezug kostenlos. Nachdruck nur mit Genehmigung der AKDB.
©2015 AKDB

Fotonachweise:
AKDB | fotolia | Bayerischer Gemeindetag Stadt Traunreut – Fotograf: Reinhard Winkler – Architekt: Christian Merk | LEHMANN + PARTNER GmbH | jopri-foto | Shutterstock: ah_fotobox | Aleksangel | alphaspirit | Amornism | Andrey_Popov | andromina | Ambient Ideas | Bloomua | boreala | Borja Andreu | DiamondGT | donfiore | dovla982 | elic | Epsicons | GEORGII MIRONOV | Godruma | grynold | Gunnar Pippel | Ihnatovich Maryia | Istvan Csak | Jenny Sturm | Jesus Sanz | Kemal Taner | KPG Idream | kritskaya | Kues | lassedesignen | Lipskiy | Iliveinoctober | Maksym Sokolov | Maria Sbytova | MJTH | Mr. Kaizer | Mopic | Mr. Exen | Nebojsa S | NG Design | Pensiri | olesya k | Olga Kovalenko | OliverSved | Pranch | Ratana21 | Sergey Nivens | SiverianLena | Tanchic | VGstockstudio | venimo | zeber | Zyankarlo | Zygotehaasnobrain | Pavel Vakhrushev

AKDB